

ACADEMIE SERBE DES SCIENCES ET DES ARTS  

---

COMITE INTERACADEMIQUE DE BALKANOLOGIE  
DU CONSEIL DES ACADEMIES DES SCIENCES ET DES ARTS  
DE LA R.S.F.Y.  
INSTITUT DES ETUDES BALKANIQUES

# BALCANICA

ANNUAIRE DE L'INSTITUT DES ETUDES BALKANIQUES

## XII

BELGRADE 1981



<http://www.balkaninstitut.com>

Andrej MITROVIĆ

Philosophischer Fakultät  
Beograd

## DIE WIRTSCHAFTLICH-POLITISCHE AUFFASSUNG VON SÜDOSTEUROPA IN DER WEIMARER REPUBLIK

[Ein Beitrag zur Erhellung des Grosswirtschaftsraum-Gedankens des  
Deutschen Reichs]

Am 10. November 1932 stellte der zuständige Beamte des Auswärtigen Amtes, Busse, anlässlich eines Reiseberichts von Vertretern der deutschen Gruppe im Europäischen Wirtschaftstag vom 2. November, in dem viel von den wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands in Jugoslawien und Rumänien, d.h. von ihrer Einbeziehung ins deutsche Wirtschaftsgebiet die Rede war, mit Recht fest: „Es ist aber darauf hinzuweisen, dass namentlich die deutsche Exportindustrie in jenen Ländern zum Teil schon lebhaft tätig ist und dass ihre Interessen dort durch ständige reichsdeutsche und einheimische Vertreter wahrgenommen werden. Als Neuland können die erwähnten Länder jedenfalls nicht angesprochen werden.“<sup>1</sup> In der Tat lässt sich in der ausgehenden Weimarer Republik nur von einem neuen Aufschwung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands am Südosten Europas sprechen, da diese schon in den ersten Jahren der Republik lebhaft waren.

Die im ersten Weltkrieg gegründete Zeitschrift *Die freie Donau* veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 1. Januar 1919 einen Leitartikel mit dem Titel „Die Donau im neuen Europa“, in dem nicht nur dargelegt wurde, das Deutsche Reich wäre und bliebe der beste Wirtschaftspartner der Donauländer, sondern auch das „Wirtschaftsrecht“ Deutschlands entlang der Donau betont wurde.<sup>2</sup> Diese These liesse sich als ein Überrest aus der Vergangen-

---

<sup>1</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (weiter: PA-Bonn), Kent I, Seite 437, Ländern II; Rumänien-Handel 11, Bd. 3; Bundesarchiv in Koblenz (weiter BA-Koblenz), R. 43 I/621.

heit verstehen, doch stellt sie auch ein Vorzeichen kommender Zeiten dar. *Die freie Donau* hatte nämlich während des Weltkrieges systematisch den Gedanken vom wirtschaftlichen Anschluss des Donauraums ans Deutsche Reich entwickelt und wirkte auch unmittelbar nach dem Krieg in diesem Sinne, was ein Beweis dafür ist, dass die Idee von der Einverleibung Südosteuropas in den Grosswirtschaftsraum des Reiches die Kriegsniederlage überlebt hatte.

Mit dem Kriegsende im Herbst 1918 brachen alle Verbindungen — politische, diplomatische, politisch-psychologische, wirtschaftliche und verkehrstechnische — zwischen Deutschland und Südosteuropa ab. Es ging nicht allein darum, dass das Reich als geschlagener Staat aussenpolitisch isoliert und völlig in die Defensive gedrängt und innenpolitisch von grossen Schwierigkeiten und Unruhen belastet war, was Südosteuropa für das Reich schlagartig in weite Ferne rückte; es handelte sich auch darum, dass sich die allgemeine Situation im Südosten für Deutschland ganz ungünstig gestaltete, weil einerseits die rivalisierenden Siegermächte, insbesondere Frankreich, erheblich an Prestige und Einfluss gewannen und weil sich andererseits alle südosteuropäischen Staaten politisch stark dem Reich entfremdeten. Griechenland, Jugoslawien und Rumänien gehörten zum Siegerblock, zudem vergrösserte sich Rumänien, und Jugoslawien entstand nach schweren Kämpfen Serbiens und Montenegro mit den Mittelmächten und auf dem Gebieten der ehemaligen Habsburger Monarchie sogar teilweise, so dass die Gegnerschaft zum Revisionismus des Reiches für beide in mancher Hinsicht eine Voraussetzung für ihre Aussenpolitik darstellte. Obwohl Bulgarien und Ungarn durch die gemeinsame Unzufriedenheit mit den durch den Ausgang des Krieges geschaffenen politischen Verhältnissen in der Tat eng mit Deutschland verbunden waren, hatten beide unmittelbar nach Kriegsende daran Interesse, den Siegermächten möglichst nahe zu kommen, d.h. die deutsche Freundschaft nicht offen zu suchen.

Für unsere weiteren Erörterungen ist noch eine Tatsache von gewisser Bedeutung, und zwar um so mehr, als sie von der geschichtswissenschaftlichen Forschung bisher übersehen wurde. Während des Weltkrieges, genauer nach dem erfolgreichen Feldzug gegen Serbien im Herbst 1915, hatte das Deutsche Reich wirklich die Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel gewonnen und — was noch wichtiger ist — die Bodenschätze des Balkans in seine Hände gebracht. Ausgeübt wurde diese Vorherrschaft politisch mittelbar (über Österreich—Ungarn und vor allem über Bulgarien als Verbündete), wirtschaftlich dagegen unmittelbar (durch die Beteiligung deutscher Grossfirmen und Banken an der Ausbeutung der Rohstoffquellen und der Landwirtschaftsprodukte, insbesondere durch das Konsortium geführt von der *Direction der Disconto Gesellschaft*). In den Jahren 1917 und 1918 spielte Südosteuropa für die deutsche Kriegsführung tatsächlich die Rolle eines wirtschaftlich ergänzenden Raumes.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> G. E. Kunzer, *Die Donau im neuen Europa*, Die freie Donau, 1. Januar 1919, Seiten 1—2.

<sup>4</sup> A. Mitrović, *Prodor na Balkan, Srbija u planovima Austro-Ugarske i Nemačke 1908—1918. (Griff nach dem Balkan, Serbien in den Pläne Österreich-Ungarns und Deutschlands 1908—1918)*, Beograd 1981.



Was sich 1917 und 1918 anbahnte, entsprach mehreren Varianten des „Mitteleuropa“-Gedankens, die seit den ausgehenden 70er Jahren des 19. Jahrhunderts die Balkanstaaten in die deutschen Wirtschaftspläne einbezogen, vor allem stimmte das mit den am Vorabend des Krieges immer mehr verbreiteten Meinungen überein, dass der Balkan für das Reich nicht allein als Transitraum wichtig sei, sondern auch ökonomische Bedeutung habe.<sup>4</sup> So wurde diese Überzeugung, um nur ein Beispiel zu nennen, von Vertretern der *Max M. Warburg-Bank* und der *Discento Gesellschaft* benutzt, um die 1914 beabsichtigte Anleihe für Bulgarien im Sinne des Grosswirtschaftsraum-Gedankens zu interpretieren.<sup>5</sup> In der Öffentlichkeit wurde damals verhältnismässig viel darüber geschrieben, und 1913 stellte Willy Lochmüller in seinem Buch *Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan* fest, die südosteuropäische Halbinsel sei als Ergänzungswirtschaftsraum von grösster Bedeutung.<sup>6</sup>

Im Herbst 1918 schienen alle diese Träume ausgeträumt. Durch die im Krieg entstandene Situation war auch das Wirtschaftsimperium der *Discento Gesellschaft* auf dem Balkan verlorengegangen. Trotzdem konnte der erwähnte Leitartikel in der *Freien Donau* erscheinen. Das war ein Anzeichen dafür, dass im Einklang mit den früher entstandenen Gedankengängen das Interesse an Südosteuropa selbst die Kriegsniederlage überlebt hatte.

<sup>4</sup> F. Fischer, *Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911—1914*, Düsseldorf 1969; J. Pajewski, *Mitteleuropa, Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie pierwszej wojny światowej*, Poznań 1959; W. Gutsche, *Serbien in den Mitteleuropaplänen des deutschen Imperialismus am Vorabend des ersten Weltkrieges*, Velike sile i Srbija pred prvi svetski rat brsg. von V. Cubrilović, Beograd 1976, 197—215; R. Weitowitz, *Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo von Caprivi 1890—1894*, Düsseldorf 1978; К. Косев, Бисмарк, източният въпрос и българското освобождение 1856—1878 г.; София, 1968. Dazu auch: A. Schreiner, *Zur geschichte der deutschen Aussenpolitik 1871—1945*, Bd. 1, Berlin 1952; L. Rathmann, *Stossrichtung Nahost 1914—1918, Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg*, Berlin 1963; U. Trumpener, *Germany and the Ottoman Empire 1914—1918*, Princeton 1968; H. Mejcher, *Die Bagdadbahn als Instrument deutschen wirtschaftlichen Einflusses im Osmanischen Reich*, Geschichte und Gesellschaft, 1975, Heft 4, 447—481. Am wichtigste frühere publicistische Quellen: R. de Kaufmann, *L'association douanière de l'Europe centrale*, Paris 1879; Derselbe, *Der mitteleuropäische Zollverein*, Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Bd. 22 (1886), 530—584; L. Brentano, *Über eine zukünftige Handelspolitik des Deutschen Reichs*, Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Jg. 9 (1885), 1—29; P. Dhen, *Deutschland nach Osten!, Land und Leute der Balkanhalbinsel*, München 1886.

<sup>5</sup> PA-Bonn, Oxford, S. 232, Bulgarien 7, Bde 26 30, verschiedene Akten. Siehe: F. Fischer, *Weltpolitik, Weltmachtstreben und deutsche Kriegsziele*, Historische Zeitschrift, 1964, Heft 2, 293—296.

<sup>6</sup> W. Lochmüller, *Unsere Zukunft liegt auf dem Balkan! Afrikanische oder europäische Politik?*, Leipzig 1913. Siehe auch: *Balkan-Revue*, Monatschrift für die wirtschaftlichen Interessen der südosteuropäischen Länder, brsg. von P. Schwarz, Jg. 1 (1914—1915); *Die Balkanfrage*, Veröffentlichungen der Handelshochschule in München, brsg. von M. J. Bonn, München 1914.



*In der Führungsschicht: Völlige Einigkeit über die Wichtigkeit Südosteuropas*

In der ganzen Zeit der Weimarer Republik zirkulierte unter massgeblichen Persönlichkeiten und zuständigen staatlichen Stellen eine Vielzahl von ganz verschiedenen Denkschriften, programmatischen Akten, Berichten und Briefen, die trotz aller Unterschiede durch einen, zwar in vielen Varianten formulierten, doch allgemeinen strategischen Gedanken zusammengehalten werden. Für alle ist folgender Satz aus einem Bericht vom 3. April 1920 kennzeichnend, der anlässlich der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Jugoslawien entstand und von Wien an das Auswärtige Amt in Berlin geschickt wurde: „Wenn wir auch den Krieg verloren haben, so scheinen wir den Frieden dort unten auf alle Fälle zu gewinnen. (. . .).“<sup>7</sup> Am 19. April 1920 wandte sich die Zentralpolizeistelle Ost mit einer Denkschrift an den Reichsminister des Inneren, in der es hiess, die Pariser Friedensverträge hätten Deutschland von den Weltmärkten abgeschnitten und die neugebildeten Nationalstaaten im Südosten Europas dienten hauptsächlich dazu, dem Reich wirtschaftlich den Weg zu verlegen. Nach Ansicht des Verfassers bildete die Tschechoslowakei eine Barriere im Südosten, die das deutsche Vordringen „nach dem Balkan und darüber hinaus in den Orient“ behindere. Ganz entschlossen klingt dann der Satz: „Der Weg über die vorgelagerten Nationalstaaten muss demnach trotz aller Verbote erzwungen werden (. . .).“<sup>8</sup> Die Berliner Bank *Lenz und Co.* berichtete dem Auswärtigen Amt am 6. Mai 1921 von ihren intensiven Bemühungen, „für den in den deutschen Kolonien den deutschen Arbeitgebern und den deutschen Arbeitnehmern verlorengegangenen Absatz, Ersatz auf dem Balkan zu schaffen“.<sup>9</sup>

Im gleichen weiten wirtschaftlich-politischen und auch weltwirtschaftlichen Denkrahmen betrachteten die Fachleute des Reichswirtschaftsministeriums die ökonomische Wichtigkeit des europäischen Südostens. In einer Denkschrift, die den 17. Dezember 1923 als Datum trägt, fasste Dr. Wohlmannstetter, Ministerialrat aus dem Generalreferat IV/1 der Abteilung IV, eine Expertise über „den neuen Weltmarkt und den deutschen Aussenhandel“ zusammen und stellte auf Grund der Situation vor und im Weltkrieg fest: „Alles in allem genommen, lassen die Ziffern ersehen, wie die Verflechtung des deutschen Aussenhandels mit den Märkten der Continentalstaaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas für den deutschen Aussenhandel gewissermassen als Erweiterung der Verstärkung der Stütze wirkte, die er bereits in dem innerdeutschen Markte hatte. Sie wirkte gewissermassen als Rückendeckung und zweite Aufnahmestelle in den schweren Kämpfen, die auf den Überseemärkten auszufechten waren.“ Dr. Wohlmannstetter fügte noch hinzu: „Jetzt wächst auch die Tatsache zum ganzen Ernst ihrer Bedeutung auf,

<sup>7</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 180, Politik 6, Jugoslawien, Bd. 1.

<sup>8</sup> A. Teichova, *Die deutsch-britischen Wirtschaftsinteressen in Mittelost- und Südosteuropa am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von F. Forstmeier und H. E. Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 275, An. 1.

<sup>9</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 437, Rumänien-Handel 11, Bd. 1.

dass Deutschland in seiner Industrieentwicklung von jeher fast ein reines Verarbeitungsland gewesen und nach dem Weltkriege noch mehr geworden ist", im weiteren — „die Rohstoffbasis der deutschen Industrie lag und liegt ausserhalb der deutschen Grenzen", was auch für die Absatzmärkte gilt, und schliesslich ist die Gründung geschlossener Wirtschaftsräume im Gange, die sich „fast überall am schärfsten gegen Deutschland" richten, so „dass Deutschland kaum Raum mehr blieb". Auf der Basis dieser Darstellungen schlug der Ministerialrat vor, „möglichst rasch zu einer aktiven Aussenpolitik überzugehen", da seinen Worten nach die „allerhöchste Zeit" gekommen sei, in der „die noch vorhandenen Möglichkeiten noch rechtzeitig erfasst werden sollen". Wiederholt wies man in diesem Zusammenhang in östlicher Richtung, „dass nach wie vor auch die neuen Staaten Mittel- und Südosteuropas in hohem Masse ihr wirtschaftliches Gedeihen im Austausch mit dem deutschen Wirtschaftsleben finden", und präzierte: „Diese Entwicklung wieder im Sinne einer Verbesserung der deutschen Aussenhandelspolitik unter möglicher Beiseiteschiebung der schädlichen Wirkung des unter französischer Führung über sie gesponnenen Handelsvertragsnetzes wieder in die Hand zu nehmen, wird eine der allerwichtigsten Hauptaufgaben der deutschen Handelspolitik sein."<sup>10</sup>

Es darf nicht übersehen werden, dass diese Denkschrift an das Auswärtige Amt geschickt wurde und eine Abschrift davon in den Papieren von Reichsaussenminister Stresemann gelandet ist. Demnach wurden die Erwägungen Dr. Wohlmannstetters und seines Referats von den zuständigen Stellen und Persönlichkeiten nicht für unwichtig gehalten. Dieses Dokument war auch nicht das einzige analoge Inhalts, das in den geheimen Archiven jener Jahre seinen Platz hatte. Der Vertreter der Firma *Honnef*, der Volkswirt und Pastor Robert Richter, befürwortete am 29. Dezember 1924 in einer Denkschrift den Bau einer Donaubrücke zwischen Belgrad und Pančevo, und der allgemeine Rahmen wurde in der Notwendigkeit gefunden, das „wir uns zum Wiederaufbau unseres weltwirtschaftlichen Einflusses besonders im Osten und Südosteuropa" engagieren müssen<sup>11</sup>. Hierher gehören offensichtlich auch die Mutiursche Äusserungen vom 24. Februar 1923 über die „Exprotoffensive" nach Osten sowie die Wiedfedschen Vorschläge vom 3. März 1923 zur Gründung deutscher Grosswirtschaftsgebiete im Sinne der aus dem Kaiserreich bekannten „Mitteleuropa"-Konzeptionen.<sup>12</sup>

Solche und ähnliche Dokumente waren auch Mitte der zwanziger Jahre bis zum Ende der Weimarer Republik Anfang der dreissiger Jahre im Umlauf. Ihnen zugerechnet werden könnte auch ein ausführlicher politischer Brief des Grafen Werner von Alvensleben vom 6. April 1926 an von Klee-*feld*, der vom Empfänger an Gustav Stresemann weitergegeben wurde, obwohl in dem Schreiben Südosteuropa nicht genannt wird. Alvensleben

<sup>10</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 24, P.A., Bd. 1.

<sup>11</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 571, Geheim-Akten, Jugoslawien-Industrie 3 geheim, Bd. 1.

<sup>12</sup> D. Stegmann, *Mitteleuropa 1952—1934, Zum Problem der Kontinuität deutscher Aussenpolitik von Stresemann bis Hitler*, Industrielle Gesellschaft und politisches System, hrsg. von D. Stegmann, S. J. Wendt und F. Ch. Witt, Bon 1978, 207.

spricht nämlich nur über die „Randstaaten“ und über Polen („welches A und O der Mitteleuropa-Politik bleibt“). Äusserungen wie „(…) von dieser Zukunft sollten wir unsere Politik bestimmen lassen, in dem wir *zunächst* die unmittelbar vor uns liegende Aufgabe in Angriff nehmen, die Bedeutung Deutschlands im eigentlich mitteleuropäischen Raum auszuwerten“, oder „(…) das nämlich scheint mir die Aufgabe St's (Stresemanns) zu sein: über sein Ressort hinaus (…) auf dem Boden der Verständigung mit dem Westen Deutschlands den Weg nach dem Osten bahnt (…).“ — widerspiegeln einen Gedankengang, der — wenn es sich auch um die traditionelle Mitteleuropa-Idee handelt — die Südostrichtung der Expansion keinesfalls ausschliesst. Offensichtlich liessen sich die Denkschriften über die „Export-Offensive“ nach Südosteuropa, die im Reichswirtschaftsministerium bearbeitet wurden, hier einordnen.<sup>13</sup>

Im Dezember 1929 wurde unter dem dramatisch intonierten Titel *Aufstieg oder Niedergang?* eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie veröffentlicht, die für die ausserordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes ausgearbeitet worden war. Im Zusammenhang mit Äusserungen wie: „die deutsche Wirtschaft steht am Scheidewege“, „Mangel an Absatz und eine bis zur Verdrossenheit gesteigerte allgemeine Unzufriedenheit“, „der Weg der Sozialisierung führt zur Zerstörung der Wirtschaft und zur Verelendung der Massen“ sowie mit schärfster Kritik an der „bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ gelangte man in der Denkschrift unter anderem zu folgenden Schlussfolgerungen: „(…) Weiterhin erscheint es notwendig, dass die Lücke, die das System der Handelsverträge noch in der Richtung nach Ost- und Südost-Europa aufweist, möglichst bald geschlossen wird“. Als angemessene Aussenhandelsmassnahmen wurde vorgeschlagen: „1. Die deutsche Handelspolitik muss an dem bisherigen *System der Handelsverträge festhalten* und vor Erschütterungen bewahrt bleiben und ausgebaut werden. Insbesondere sind *Handelsverträge mit den Ländern Ost- und Südost-Europas* anzustreben. Die *Ausfuhrförderung* muss tatkräftiger und planmässiger werden.“<sup>14</sup>

Denkschriften dieser Art begleiten auch die Ereignisse und Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise 1930—1932. Den 11. September 1931 als Datum trägt eine Denkschrift unter dem Titel *Das Ziel der deutschen Politik*, deren Verfasser vermutlich der bekannte Kaufmann, Industrielle und Politiker Arnold Rechberg war und die an den damals einflussreichen General und späteren Reichskanzler Kurt von Schleicher gerichtet war. Dieser Denkschrift nach hatte das Hauptziel der deutschen Politik in „der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens in die Stabilität der deutschen Wirtschaft“ zu bestehen und „auf lange Sicht gesehen, die Schaffung von Raum für das stark überbevölkerte Land“ zu sein. Der Autor befasste sich insbesondere mit der „hochpolitischen Frage der Schaffung von Raum“ und

<sup>13</sup> PA-Bonn, Kent II, S. 995, Nachlass Stresemann, Bd. 279. Vgl. D. Stegmann, *op. cit.* 210.

<sup>14</sup> *Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts und Finanzreform 1929*, Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Nr. 49 (Dezember 1929), 15, 41—42.



betonte, dass für das Deutsche Reich bei der Lage seines Landes eine solche Raumbeschaffung „zwingend nach Südosten hin“ erfolgen müsste. Für diese Richtung wurde „mit Rücksicht auf die geringe Widerstandskraft des Ostens gegenüber einer Durchdringungsabsicht von unserer Seite“ und „mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse des Süd-Ostens des europäischen Kontinents“ argumentiert. So sah die Zielsetzung im Rahmen einer europäisch orientierten Deutschlandpolitik aus. Man vertrat nämlich die Meinung, das Reich sei niemals eine Seemacht gewesen und habe dafür auch nie die nötigen Voraussetzungen gehabt. Arnold Rechberg unterstrich, die Politik der wilhelminischen Epoche, „dass Deutschland sich als Seemacht Geltung verschaffen könne und müsse“, sei ein grober Fehler gewesen. Als Vorbedingung für den Drang nach Osten wurde hervorgehoben, die Verständigung mit Frankreich müsse „das nächste und zwingendste Problem“ werden, um sich auf diese Weise „die Rückendeckung nach Westen“ zu verschaffen.<sup>15</sup>

In der gerade zitierten Denkschrift wurde die „Südost-Richtung“, im Grunde genommen, politisch gerechtfertigt, wenn auch starkes Gewicht auf ökonomische Gründe und Zwecke gelegt wurde. Eine in der Materialsammlung der Deutschen Gruppen der Internationalen Handelskammer enthaltene Schrift vom April 1932 mit dem Titel „Die Donaufrage“ benutzt ähnliche Argumente, indem sie durch die Herausstellung der wirtschaftlichen Bedeutung Südosteuropas für das Reich diese Ambitionen begründet.<sup>16</sup> Ebenso verfahren führende Vertreter im Europäischen Wirtschaftstag, als sie am 2. November nach einer Reise an Reichskanzler von Papen schrieben: „Das Ergebnis dieser Reise glaubten wir darin zusammenfassen zu sollen, dass die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder für die gesamte deutsche Wirtschaft von der allergrössten Bedeutung ist und dass sich aus diesem Grund die deutsche Aussen- und Wirtschaftspolitik der Pflege unserer Beziehungen zu diesen Ländern wird besonders annehmen müssen.“<sup>17</sup>

Im Vergleich zu früheren Jahren nahmen während der Weltwirtschaftskrise derartige Gesamtlinien, nämlich wirtschaftspolitische Äusserungen über den grossen Wert des Südostens für das Reich, in den aussenpolitischen Akten immer mehr Raum ein. Die Grundlagen dafür wurden offenbar schon am 7. August 1929 in Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten der Abteilung II des Auswärtigen Amtes Bernhard Wilhelm von Bülow gelegt und finden ihre Fortsetzung in allen anderen einschlägigen Dokumenten, die in den Jahren 1930—1931 durch von Bülow oder vermutlich durch ihn verfasst wurden. In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 7. Juli 1930 wurden folgende Fragen gestellt: „Was soll Deutschland angesichts der politischen Lage Europas tun?“ und „Wo liegen Deutschlands Möglichkeiten?“ Die Antwort darauf lautete: „Die Möglichkeiten Deutschlands liegen nur im Osten und Südosten“, doch „auf dem Wege der Gewalt ist aber auch im Osten, im Südosten heute auf lange Sicht hinaus nichts zu errei-

<sup>15</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg, N. 42/34.

<sup>16</sup> BA-Koblenz, R. 43 I/620.

<sup>17</sup> BA-Koblenz, R. 43 I/621.

chen". Mit folgenden Worten wurde auf den richtigen Weg verwiesen: „Wenn Deutschland stark und mächtig ist und die anderen nichts von ihm zu befürchten brauchen, dann wird Deutschland kraft seiner politischen, wirtschaftlichen und moralischen Fakultäten ganz von selbst *der* Staat sein, an den sich die kleinen neuen Staaten anlehnen werden. Es muss dahin kommen, dass wir für die Staaten im Osten der natürliche Anziehungspunkt und das Gravitationszentrum werden. Das können wir nur, wenn sie uns vertrauen, wenn sie sich nicht von uns bedroht fühlen.“ In einem Memorandum des Auswärtigen Amtes an den Reichskanzler vom 26. August heisst es, dass die „deutsche Politik den Hebel“ im Südosten Europas „ansetzen“ müsse, „weil dort alle Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands liegen“ und weiter: „Bei der raschen Entwicklung der Dinge im Südosten Europas sollte der *Zusammenschluss mit Österreich* die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik sein, denn von einem zu Deutschland gehörenden Österreich aus könnte im ganz anderer Weise als dies jetzt möglich ist, die Entwicklung im Südosten im Interesse Deutschlands beeinflusst und gelenkt werden. Die Dinge treiben dort zu Festlegungen, die später kaum mehr rückgängig gemacht werden können.“<sup>18</sup>

Solchen Gedanken hingen damals sämtliche Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes an. Als Verfechter der „Mitteleuropa“-Idee konnte die Forschung bisher schon von Neurath, der im Juni 1932 Reichsminister des Äusseren wurde, von Hassel und andere ausmachen, aus der höheren Bürokratie des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Hans Ernst Posse, der bei der Ausrichtung der gesamten Politik des Reiches in südöstlicher Richtung eine Schlüsselrolle spielte. Wie manche Tatsachen beweisen, genügt es aber nicht, nur von diesen Persönlichkeiten zu sprechen. Beispielsweise entstand unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Republik am 1. Dezember 1932 im Auswärtigen Amt ein Aktenvermerk, dessen Verfasser von Heeren war. In diesem Dokument wurde Südosteuropa als der Teil Europas bezeichnet, in dem Deutschland in Zukunft dank seiner geographischen Lage „besondere Absatzmöglichkeiten unserer industriellen Erzeugnisse erhoffen“ dürfte. „Dazu kommt“, fuhr der Diplomat fort, „dass Ungarn in unmittelbarer Nachbarschaft Österreichs und auf dem natürlichen Wege unserer Wirtschaftsexpansion nach dem Südosten liegt und dass die Verwirklichung aller wirtschaftspolitischer Kombinationen in diesem Raum von seiner Teilnahme abhängig bleibt. Wir haben aus diesem Grund zweifellos ein sehr grosses Interesse daran, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn nach Möglichkeit zu vertiefen.“ Bemerkenswert ist dabei, dass dieser Aktenvermerk auf Grund „einer Reihe von Besprechungen“, die „unter Beteiligung von Abteilung II, V und VI“ des Auswärtigen Amtes stattgefunden haben, entstand.<sup>19</sup>

Diese nach Verfasser, Entstehungsabsichten und Wichtigkeit unterschiedlichen programmatischen Dokumente, die von uns absichtlich in eine Reihe gestellt und zum Teil auch zitiert wurden, zeigen zweierlei: 1. Die Betrachtung

<sup>18</sup> W. Ruge und W. Schumann, *Die reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropaplan 1930*, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 1, 1972, 40–70.

<sup>19</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 535, Ungarn-Wirtschaft 6, Bd. 1.

tung Südosteuropas als wirtschaftspolitisch bedeutungsvollen Gebiets für das Deutsche Reich war unter der Führungsschicht sehr verbreitet und 2. existierte diese Auffassung zudem die ganze Weimarer Republik hindurch.

*In den Wirtschaftskreisen: Südosteuropa als Absatzmarkt*

Seit Anbruch der Nachkriegszeit bezeugten deutsche Industrie- und Handelsunternehmen lebhaftes Interesse an Geschäften mit südosteuropäischen Ländern. Diese Interessen äusserten sich, ihren Wesen entsprechend, zumeist ganz konkret, doch fehlten auch die mit dem Geschäft verknüpften weitreichenderen Konzeptionen nicht. Die alten Interessen lebten wieder auf und neue kamen hinzu, weil sich andrenorts die ehemaligen Geschäftsmöglichkeiten verringert hatten oder völlig verlorengegangen waren. Dieser Zustand herrschte bis zum Ende der Weimarer Republik.

In den ersten Nachkriegsjahren forderten Geschäftsleute von den zuständigen Reichsstellen, die Beziehungen zu dem einen oder anderen Donau- und Balkanland in Ordnung zu bringen, um dem Reich wirtschaftliche Möglichkeiten zu eröffnen. In einem Reisebericht, der dem Auswärtigen Amt am 3. April 1920 aus Wien zugesandt wurde, war die Rede davon, dass es „die höchste Zeit wäre“, eine Passstelle in Belgrad einzurichten, damit „der Verkehr mit Serbien, [sic!] auf den man dort sehr wartet, wieder aufgenommen werden kann“.<sup>20</sup> Das Konsulat in Budapest berichtete am 1. Juni 1920 über Kaufleute (offensichtlich Deutsche), die aus Bulgarien zurückgekommen wären und von dem generell in ganz Bulgarien verbreiteten Wunsch gesprochen hätten, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wieder aufzunehmen.<sup>21</sup> Solche Formulierungen widerspiegeln sicherlich nicht allein die Wünsche in Jugoslawien und Bulgarien, sondern auch die der deutschen Kaufleute selbst. Die Gesandtschaft in Bukarest meldete am 19. März 1921: „Die zahlreichen aus deutschen Industrie- und Handelskreisen täglich bei der Gesandtschaft eingehenden Anfragen zeigen (. . .), wie lebhaft der Wunsch ist, mit Rumänien in enge Handelsbeziehungen zu treten.“<sup>22</sup> Im April desselben Jahres wandte sich eine Gruppe von Firmen, bestehend aus Ernst Eyck und Co. aus Berlin, Chemische Werke (vormals Auergesellschaft mbH) aus Berlin, Berliner Bürger-Eisenwerk AG, Hentschke, Buchholz und Co. aus Berlin, Maschinenbau AG aus Grimma, Atrax-Gesellschaft mbH. aus Berlin, Metallwarenfabrik aus Nürnberg, Oberingenieur Schmitt aus Berlin, Münchener Kochherd- und Ofenfabrik F. Wamsler und Metallwerke Knodt AG aus Frankfurt a.M., mit der Bitte um Unterstützung für die Reise von Ernst Eyck nach Jugoslawien, Freistadt Fiume und Bulgarien an das Auswärtige Amt. Eyck war von den genannten Firmen beauftragt, die Absatzmöglichkeiten auf dem Balkan zu prüfen.<sup>23</sup>

<sup>20</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 180, Politik 6 — Jugoslawien, Bd. 1.

<sup>21</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien — Handel 11, Bd. 1.

<sup>22</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 437, Rumänien- Handel 11, Bd. 1.

<sup>23</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien — Handel 11, Bd. 1, mehrere Akten aus April 1921.



In der Tat hatten schon damals deutsche Geschäftsleute und in be-  
grenztem Umfang auch deutsche Waren wieder Einzug auf dem Balkan  
gehalten. Bereits am 2. Dezember 1920 stellte das Reichswirtschaftsmini-  
sterium fest: „Die Grossindustrie hat ihre früheren Niederlassungen in  
jetzigen jugoslawischen Gebiet wieder eingerichtet bzw. solche neu geschaf-  
fen.“<sup>24</sup> Die Sitze dieser Firmen in Jugoslawien befanden sich vor allem in  
Belgrad und Zagreb. Im Auftrag der Reichsfuttermittelstelle in Berlin kam  
spätestens zum Frühlingsanfang 1920 der Diplomkaufmann Richard Dreyses  
nach Belgrad und berichtete: „Man findet in fast sämtlichen Schaufenstern  
deutsche Waren ausgelegt. Besonders sind es Solinger Stahlwaren, Nürn-  
berger Bleistifte und Schreibwaren, Farben, deutsche Bücher, deutsche  
Parfumerien, Maschinen und Werkzeuge u.a.m.“ Laut Dreyses Information  
wurden die Erzeugnisse aber über die Schweiz und Italien eingeführt.<sup>25</sup>  
Auf jeden Fall war jedoch Ende 1919 die Wiesbadener Firma Fach und  
Schneider unmittelbar auf dem jugoslawischen Markt tätig.<sup>26</sup> Ein Vertreter  
der Sächsischen Maschinenfabrik August Welner Söhne AG bereiste schon  
um 1920 Bulgarien und Jugoslawien.<sup>27</sup> Wie die oben zitierten Berichte zei-  
gen, galt ähnliches für Bulgarien und Rumänien.

In diesen ersten Jahren waren allerdings die Interessen weit grösser  
als die tatsächlich abgewickelten Geschäfte. So machte der Darmstädter  
Carl Schenk — um nur einige Beispiele zu nennen — am 21. Juni 1923  
das Auswärtige Amt auf den Wert des rumänischen Wirtschaftsgebietes für  
die deutsche Industrie aufmerksam.<sup>28</sup> Das grösste Interesse an Rumänien  
bekundeten damals *Otto Wolff* aus Köln, *Oberrheinische IG. Joseph Vögele  
und Co.*, *Henscheland Sohn* aus Kassel, *Waggon- und Lokomotiv-Beschlag-  
teillieferungsgesellschaft mbH* aus Hagen usw. Im Frühjahr 1920 machten  
sich von Hamburg einige Schiffe mit Waren auf die Fahrt nach Bulgarien,  
um das Land auf dem Seeweg zu erreichen, weil der Festlandsverkehr höchst  
erschwert war.<sup>29</sup> Am bulgarischen Geschäft waren neben den genannten  
Firmen unter anderem noch die *Kabel- und Gummiswerke Dr. Cassierer und  
Co.* aus Charlottenburg, die *Exportvereinigung Deutscher Tafelglasfabriken*  
aus Berlin, die Handelskammer zu Berlin u.a. interessiert. Im April 1920  
schrieb die *Ulmer Pflugfabrik Gebrüder Ebhard* über den grossen Bedarf  
Jugoslawiens an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und über das  
entsprechende Interesse der deutschen Industrie.<sup>30</sup> Im Juli beschloss der  
Kommunalausschuss der *Vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen*

<sup>24</sup> Zentrales Staatsarchiv in Potsdam (ZStA-Potsdam), Reichswirtschaftsministerium (RWM) Nr. 2400/1.

<sup>25</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 180, Politik 6 — Jugoslawien, Bd. 1, den 3. April 1920.

<sup>26</sup> ZStA-Potsdam, RWM Nr. 2400/1, den 17. Dezember 1920.

<sup>27</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien — Handel 11, Bd. 1, den 27. September 1920.

<sup>28</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien — Handel 11, Bd. 1, den 27. September 1920.

<sup>29</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 435, Rumänien — Finanzwesen 3A, Bd. 2.

<sup>30</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien — Handel 11, Bd. 1, den 6. Mai 1920.

<sup>31</sup> Dasselbe, den 19. April 1920.

(vormals *Eppie und Buxbaum*) in Augsburg, die heimische Industrie durch den Austausch von Landmaschinen gegen Lebensmittel aus Jugoslawien zu unterstützen.<sup>31</sup> Im August bewog die Nachricht, Jugoslawien wolle für deutschen Koks eine grosse Menge seines Eisenerzes liefern, *Düsseldorfer-Oberkasseler Croonen, Stülltemayer und Co.* sowie die Dortmunder Abteilung der *Union der Deutsch-Luxemburgischen Berwerks-Hütten AG*, sich an das Reichswirtschaftsministerium zu wenden und festzustellen, dass von einem solchen Geschäft „unsere deutsche Industrie zweifellos grosse Vorteile haben würde“ bzw. dass „die Werke des hiesigen Bezirkes das grösste Interesse an diesen Fragen und vor allem an dem Bezug solches Erzes haben“.<sup>32</sup> Im November 1920 schrieb der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an das Reichswirtschaftsministerium, für die Ausfuhr deutscher Waren nach Jugoslawien bestünden günstige Vorbedingungen, weil „von Jugoslawien alle die Erzeugnisse, welche Deutschland zu exportieren in der Lage ist, dringend benötigt werden“. Nach Meinung des Vereines handelte es sich um „alle technischen Einrichtungen und Maschinen, welche zum Wiederaufbau notwendig sind“, d.h. um Eisenbahnwaggons, Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen, Löffelbagger, Drehbänke, Kompressoren usw.<sup>33</sup>

Wie einige der angeführten Beispiele zeigen, führte man als Argument für einzelne Wünsche die Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft ins Feld, so dass derartige Äusserungen in gewissem Masse die konzeptionelle Auffassung widerspiegelten. Zudem gab es Äusserungen, die eine andere Dimension derselben Auffassung enthalten, nämlich dass es sich bei dem Interesse an einem Land um das Interesse an ganz Südosteuropa handelt. So begründete die Firma *Gebrüder Eberhardt* die auf Jugoslawien gerichteten Wünsche mit der Forderung nach entsprechenden Schritten gegen die tschechoslowakische Konkurrenz, die „immer mehr die deutschen Geschäftsbeziehungen mit den früheren Balkan-Abnehmern“ bedrohe.<sup>34</sup> Daneben zeigten die Reisen von Vertretern der Firma *August Welner Söhne AG* und einer Gruppe von Unternehmen, geführt von *Ernst Eyck und Co.*, die greifbaren Interessen an mehreren südosteuropäischen Ländern. Wie festgestellt werden kann, ging es um das Interesse an Südosteuropa schlechthin, was in der Praxis naturgemäss nur bilateral realisiert werden konnte.

Dieses ursprüngliche Interesse blieb auch während der zwanziger Jahre erhalten und verstärkte sich noch. Erwähnenswert wäre, dass deutsche Firmen und einige Banken in diesem Jahrzehnt grosses Interesse für den Bau von Brücken am Mittel- und Unterlauf der Donau bewiesen. Die Maschinenfabrik *Augsburg-Nürnberg AG, Werk Gustavsburg* bemühte sich spätestens seit Anfang 1920 darum, sich die Lieferungen für den Brückenbau bei Czernavoda in Rumänien zu sichern.<sup>35</sup> An dem Bau der grossen Brücke, die Belgrad und Pančevo verbinden sollte, zeigten *Siemens-Bau-Union, Hermann Hennef,*

<sup>31</sup> ZStA-Potsdam, RWM Nr. 2400/1, den 31. Juli 1920.

<sup>32</sup> Dasselbe, mehrere Akten.

<sup>33</sup> Dasselbe, den 18. November 1920.

<sup>34</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien — Handel 11, Bd. 1, den 19. April 1920.

<sup>35</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 437, Rumänien — Handel 11, Bd. 1, mehrere Akten.

*Deutsch-Luxemburgische Bergwerk- und Hüttenbetriebe AG* Interesse, die diese Gelegenheit mit den Vorkriegsanleihen an Bosnien und Herzegovina verknüpften. Seit 1922 leitete die Stettiner Baufirma *Gollnow und Klönne* und die Dortmunder *Eisenkonstruktion-Fabrik* den Bau der Brücke zwischen Novi Sad und Petrovaradin.<sup>36</sup>

Von allen südosteuropäischen Ländern war Rumänien das von der deutschen Wirtschaft umworbenste Objekt, offensichtlich ihr Hauptziel, und obwohl der Herstellung von Beziehungen im Vergleich zu anderen Staaten die grössten Hindernisse im Wege standen, bildete Rumänien den Punkt, um den sich führende Vertreter des damaligen deutschen Kapitals ständig besonders intensiv bemühten. Die ganze Weimarer Republik hindurch übten gewisse Kreise aus der Wirtschaft auf das Auswärtige Amt und das Reichswirtschaftsministerium Druck in der Richtung aus, wie das der Abgeordnete Fritz Geisler im Juni 1926 formulierte, und zwar dass die Erhaltung Rumäniens „als wichtigstes Absatzgebiet, namentlich für unsere Waggon- und Lokomotiven-Industrie“ das „dringend erforderliche Ziel“ sein müsste, bzw. dass es „ausser das Russengeschäft“ für die „deutsche Wirtschaft und den deutschen Arbeitsmarkt kaum eine günstige Hilfsgelegenheit als dieses rumänische Geschäft“ gäbe.<sup>37</sup> Ebenso verfuhr die Darmstädter Firma *Carl Schneck*, als sie am 21. Juni 1923 an das Auswärtige Amt über „die Bedeutung des rumänischen Wirtschaftsgebietes für die deutsche Industrie“ schrieb, und die *Donat-Bank* (Darmstädter und Nationalbank), d.h. ihr Direktor Goldschmidt, der „in mehreren Gesprächen“ mit dem Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes Ritter sowie mit Schäfer vom Reichswirtschaftsministerium zum Ausdruck brachte, dass „Rumänien, insbesondere der rumänische Eisenbahnmarkt, als Absatzgebiet für die deutsche Industrie zu sichern“, das Hauptziel darstellen müsse, zumal „die natürlichen Reichtümer Rumäniens grosse Zukunftsmöglichkeiten“ böten.<sup>38</sup> Um die geschäftlichen Pläne zu verwirklichen, schlug *Otto Wolff* dem Auswärtigen Amt im Sommer 1923 vor, zu diesem Zweck rein aussenpolitische Mittel einzusetzen. Nach Meinung der Firma sollte sich die Berliner Diplomatie bemühen, in Moskau

<sup>36</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 571, Jugoslawien-Industrie 3 geheim, Bd. 1, mehrere Akten. Sehe: *Zum Bau der Brücke bei Nowi Sad*, Belgrader Zeitung, den 21. August 1925; *Eine deutsche Firma baut die grösste Donaubrücke in Jugoslawien*, Die freie Donau, den 1. Februar 1926; *Brückenbauten in Südslawien*, dasselbe, den 1. März 1926; *Warum die Pantschewer Brücke nicht gebaut wird?*, Deutsche Volksblatt, den 10. August 1926; *Südslawischer Brückenbau mit deutschen Reparationen*, Stuttgarter Neues Tageblatt, den 16. August 1926; *Wird die Donaubrücke Belgrad—Pancewo gebaut?*, Berliner Tageblatt, den 1. September 1926; *Der Donaubrückenbau bei Belgrad, Ausführung durch deutsche Firmen*, dasselbe, den 24. September 1926; *Die Strassenbrücke zwischen Neusatz und Petrovaradin*, Die freie Donau, den 15. November 1926; *Bau der Eisenbahnbrücke bei Pantschewo durch deutsche Firmen*, Berliner Tageblatt, den 27. November 1926; *Bau der grössten Donaubrücke durch Deutschland*, Industrie- und Handelszeitung, den 18. Januar 1927; *Die Belgrad—Pantschewo—Brücke, Auftragserteilung an die deutsche Arbeitsgemeinschaft*, Berliner Tageblatt, den 19. Januar 1927; *Brückenbau an der Donau unterhalb Belgrad*, Die freie Donau, den 1. Februar 1927; *Eine Glanzleistung der deutschen Brückenbautechnik in Südslawien*, dasselbe, den 1. April 1927; *Schwierigkeiten bei der Fertigstellung der deutschen Donaubrücke in Jugoslawien*, dasselbe, den 15. August 1927.

<sup>37</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 435, Rumänien-Finanzwesen 3A, Bd. 2, den 23. Juni 1926.

<sup>38</sup> Dasselbe, mehrere Akten.



ihren derzeitigen Einfluss auf die sowjetische Regierung geltend zu machen, damit die UdSSR endgültig auf Bessarabien verzichte, es an Rumänien abträte und die deutsche Wirtschaft dadurch in Rumänien Vorteile erlange.<sup>39</sup>

Die nach Grösse und Stärke verschiedenen Firmen zeigten sich höchst interessiert an Rumänien; unter ihnen waren führende Konzerne der Schwerindustrie und auch Banken. Neben *Otto Wolff* handelte es sich dabei um *Krupp*, *Borsig*, *Donat Bank*, *Deutsche Bank*, *Discento Gesellschaft*, *Dresdner Bank*, *Reichskredit Gesellschaft*, *Commerz- und Privatbank*, *Berliner Handelsgesellschaft* u.a. Den grössten Erfolg unter den Banken erzielte offensichtlich die *Dresdner Bank*, die Mitte der zwanziger Jahre als einzige deutsche Bank eine eigene Filiale in Rumänien unterhielt und unter deren Leitung im Herbst 1929 das internationale Bankenconsortium *Societa Bancara Romana* mit einem Kapital von 250 Millionen begründet wurde. Um leichter zum Ziel zu kommen, bildeten diese Grossfirmen und Grossbanken einzelne Gruppierungen, z.B. einen Konzern, bestehend aus *Otto Wolff*, *Krupp*, *Borsig* und *Deutsche Bank*.<sup>40</sup> Im Gefolge der geschäftlichen Wünsche existierte nach wie vor die Ansicht von der grossen Wichtigkeit des gesamten südosteuropäischen Raumes für die deutsche Wirtschaft insgesamt, bzw. für einige der führenden deutschen Wirtschaftszweige. In der Weltwirtschaftskrise zeigte sich das nur noch deutlicher.

Für die Verbreitung der Auffassung von der wirtschaftspolitischen Bedeutung des Südostens für das Deutsche Reich sind unter der Weimarer Republik einige mehr oder minder private und erfolglose Versuche aufschlussreich. So wollte ein gewisser Volkswirtschaftler Dr. Heinrich Brühl Anfang 1921 einen Industrie- und Handelsverband gründen; seine Absicht war es, die Absatzmöglichkeiten deutscher Lieferanten in die Sowjetunion, nach Polen sowie in die Baltik- und Balkanländer zu vergrössern.<sup>41</sup> Im Februar 1927 gab es erneut einen Ansatz dazu, doch auch dieser scheiterte. Eugen Schiffer, der in den Jahren 1919—1920 Reichswirtschafts- und Reichsjustizminister war, berichtete dem Auswärtigen Amt über die von einigen Grossbanken unterstützte Absicht, einen Südosteuropäischen Wirtschaftsband zu gründen. Dieser Verband sollte die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, die Balkanstaaten, aber auch Polen, Ägypten und Syrien wirtschaftlich um das Reich versammeln in dem offensichtlichen Bestreben, diese Länder zur ökonomischen Einflusssphäre des Reichs zu machen. Der Versuch scheiterte am Widerstand der meisten grossen Firmen, auf jeden Fall an dem des Deutschen Industrie- und Wirtschaftstages und an der Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes.<sup>42</sup> Der erste Anlauf wurde zu Beginn der zwanziger Jahre genommen, und er zeigt anschaulich, wie im Einklang mit einer Zeitströmung verschiedene Initiativen entstehen konnten, während

<sup>39</sup> Dasselbe, Das Auswärtige Amt an den deutschen Botschafter in Moskau, den 7. Jun 1923.

<sup>40</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 437, Rumänien-Handel 11, Bde. 2—3, S. 435, Rumänien-Finanzwesen 3A, Bde. 2—7, mehrere Akten.

<sup>41</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien-Handel 11, Bd. 1, den 23. Mai 1921.

<sup>42</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 535, Ungarn-Wirtschaft 6, Bd. 1, den 9. Februar und 16 Juni 1927.

der zweite Ansatz bereits in die ausgehenden zwanziger Jahre fällt, da sich zu der Zeit die Tendenzen verstärkten, sich aktiver um die weitere wirtschaftliche Durchdringung Südosteuropas zu bemühen.

In dem 1925 gegründeten Mitteleuropäischen Wirtschaftstag verwendete sich im Jahre 1926 eine organisierte deutsche Gruppe für die Ausdehnung des ökonomischen Einflusses Deutschlands in Mittel- und Südosteuropa; demzufolge bildete der Mitteleuropäische Wirtschaftstag seit der Mitte der zwanziger Jahre für sämtliche interessierten Gruppen und Kreise die passende Organisation. In Übereinstimmung mit der Konzeption von der grossen wirtschaftspolitischen Bedeutung Südosteuropas verstärkte diese Gruppe ihre Tätigkeit von Jahr zu Jahr, während zugleich in immer breiteren Kreisen der Wirtschaft die Entschlossenheit wuchs, sich an der ökonomischen Offensive in Mittel- und Südosteuropa aktiv zu beteiligen. Zweifellos gewann die südöstliche Expansionsrichtung 1925—1926 in den Augen führender Wirtschaftler, insbesondere auch bei den Industriellen aus dem Ruhrgebiet, rasch an Bedeutung, und seit etwa 1929 kann von dem festen Entschluss die Rede sein, diese alte Idee mit Einsatz aller wirtschaftlichen Kräfte in die Tat umzusetzen. Carl Duisberg, Krupp von Bohlen-Halbach, Paul Reusch und Max Martin Schlenker setzten sich auch persönlich dafür ein. Offenbar deklarierte die deutsche Gruppe im *Mitteleuropäischen Wirtschaftstag* 1929 dieses Programm zu ihrem eigenen, das Präsidium des *Reichsverbandes der Deutschen Industrie* legte im Dezember 1929 der ausserordentlichen Mitgliederversammlung dieselben Richtlinien schriftlich für die Zukunft vor, dasselbe geschah bei der Sitzung des Hauptausschusses dieses Verbandes, die am 19. September des Krisenjahres 1930 stattfand. Mehrere andere kommerzielle Massnahmen aus diesen Jahren standen in vollem Einklang mit dieser Orientierung. Im *Mitteleuropäischen Wirtschaftstag* wurde die alte Führung der deutschen Gruppe abgelöst, und neue Vertreter unter der Leitung von Krupps Schwager Tilo Freiherr von Wilmewsky nahmen den Kampf auf, um die Führung dieser internationalen Organisation in deutsche Hände zu übernehmen und den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag insgesamt den deutschen Interessen unterzuordnen. Die V. Mitteleuropäische Wirtschaftstagung, die in Wroclaw (damals Breslau) stattfand, bezeichnete den vollständigen Sieg dieser Bemühungen.<sup>43</sup>

Das andauernde Interesse von Industriellen und Bankiers der Weimarer Republik an der Pflege geschäftlicher Beziehungen zu den südosteuropäischen Ländern wurde durch einen konzeptionellen Faden zusammengehalten. Die Konzeption beruhte auf einer zweiseitigen Grundlage. Auf der einen Seite stand die Auffassung, dass für die deutsche Wirtschaft — als geschlosse-

<sup>43</sup> D. Stegmann, *op. cit.*, 208—211, 218—221. Siehe auch: R. Berndt, *Wirtschaftliche Mitteleuropapläne des deutschen Imperialismus (1926—1931)*, Grundfragen der deutschen Aussenpolitik seit 1871, hrsg. von G. Ziebur, Darmstadt 1975, 305—334; Dieselbe, *Die Wirtschaftlichen Beziehungen des deutschen Imperialismus zu Österreich in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929—1931*, Inaugural-Dissertation zur Erhaltung der Doktorwürde an der Martin-Luther Universität Halle 1963; *Griff nach Südosteuropa*, hrsg. von W. Schumann, Berlin 1973, 17—20. Vgl.: F. Glück, *Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag*, Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung, hrsg. von Th. Zotschew, München 1963, 109—116.

nes Ganzes gesehen — der Südosten Europas — ebenfalls als eine Einheit betrachtet — von höchster Bedeutung sei, obwohl in der Praxis oft von einzelnen Wirtschaftszweigen, Kreisen, Gruppen oder sogar Firmen, bzw. von einzelnen Geschäftsabschlüssen und südosteuropäischen Staaten die Rede sein konnte. Diese Seite der Konzeptionsbasis erschien in der Anfangsphase als nebensächliche theoretische Auffassung, sie entwickelte sich aber allmählich und stellte gegen Ende der Weimarer Republik ein allgemeines Programm dar. Dabei handelt es sich um eine sozial-geschichtliche Erscheinung. Andererseits schloss diese erste Seite keineswegs aus, dass das Reich irgendwo anders wesentliche, ja sogar wesentlichere Interessen haben konnte und auch hatte. In der vorbereitenden Basis für die Sitzung des Hauptausschusses des *Reichsverbandes der deutschen Industrie* vom 19. September 1930 formulierte Hans Kraemer: Wen die deutschen Absichten gegenüber Südosteuropa sich vorteilhaft entwickeln, „ergibt sich für Deutschland (...) seine überseeischen Beziehungen nach wie vor auf das sorgsamste zu pflegen und eine Handelspolitik zu betreiben, die diese unmöglich macht oder wesentlich erschwert“.<sup>44</sup> Es geht darum, dass Südosteuropa unablässig als zwar bedeutungsvolles, aber zusätzliches Ziel verstanden wurde.

#### *In der Öffentlichkeit: Ideologisierung der Südosteuropakonzeption*

Der *Überseediens*t veröffentlichte am 4. November 1920 einen Artikel über den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Staaten im Südosten, wobei als Hauptthese die natürliche und wirtschaftliche Verbundenheit Südosteuropas mit dem Deutschen Reich vorgetragen wurde. Die Darstellung ging dahin, Südosteuropa als Erzeuger von Landwirtschaftsprodukten (Weizen, Mais, Vieh, Leder, Fett, Holz, Sonnenblumen, Tabak, aber auch Erdöl usw.), Deutschland dagegen als Produzenten von Industrierzeugnissen (Landmaschinen, Handwerkserzeugnisse, Verkehrsmitteln, Waren des täglichen Bedarfs u. a.) zu zeigen. Als Basis für die Verknüpfung verstand man den ergänzenden Charakter der Ökonomien in den beiden Räumen und betonte dementsprechend, Südosteuropa sei mit seiner Agrarproduktion auf den deutschen Absatz angewiesen.<sup>45</sup> Die *Industrie- und Handelszeitung* wiederholte am 31. Oktober 1921 dieselbe These und knüpfte an die Vorkriegssituation an, als dieser Raum angeblich eindeutig in die Interessensphäre des Reiches gefallen war, um zu unterstreichen, dass man dies wieder erreichen müsste. Gleichzeitig wurde festgestellt, die Balkanhalbinsel biete dem deutschen Kapital wirtschaftlich „wichtige Geschäfte“ an.<sup>46</sup> Am 23. Dezember 1921 behauptete der *Welthandel* nachdrücklich, dass das Reich und die südosteuropäischen Länder schon infolge ihrer geographischen Lage aufeinander angewiesen

<sup>44</sup> H. Kraemer, *Europäische Handelspolitik*, Veröffentlichungen des Reichverbandes der deutschen Industrie Nr. 54.

<sup>45</sup> *Der wirtschaftliche Aufbau der neuen Südoststaaten*, Überseediens, hrsg. von dem Deutschen Überseediens GmbH. Berlin, den 4. November 1920.

<sup>46</sup> *Deutsche Intelligenz und deutsches Kapital für den Balkan*, Industrie- und Handelszeitung, den 31. Oktober 1921.



seien.<sup>47</sup> Im selben Jahr bekräftigte das die *Freie Donau* in mehreren Beiträgen, wobei sie die von der Donau geschaffene Verbindung in den Vordergrund stellte, und dazu entwickelte sie noch die Auffassung, das Reich und Südosteuropa könnten und müssten durch den Ausbau eines gigantischen Kanalnetzes noch fester verbunden werden.<sup>48</sup> Was zu Beginn der Weimarer Republik in den zitierten Zeitungen und Zeitschriften zu lesen war,<sup>49</sup> wurde bis zum Zerfall der Republik in verschiedenen Variationen unzählige Male wiederholt. Es blieb aber nicht bei Zeitschriften- und Zeitungsartikeln, sondern einige Autoren veröffentlichten auch Bücher, Publikationen und Fachbeiträge desselben Inhalts. Wie weit diese Neigungen gingen, lässt sich an Hand eines etwas bizarren Beispiels nachweisen: Ein ansonsten sachliches Handbuch für die Binnenschifffahrt in Mitteleuropa ging zwar nicht im Titel, sondern in seinen allgemeinen inhaltlichen Prämissen von denselben Voraussetzungen aus.<sup>50</sup>

Die am Anfang dieses Teils unseres Beitrags genannten Zeitungen und Zeitschriften brachten während der ganzen Weimarer Republik solche Aufsätze, und andere schlossen sich ihnen früher oder später an. Bei der *Geographischen Zeitschrift* war das schon 1919 mindestens mit einem Artikel der Fall, *Volk und Reich* tat 1925 mit mehreren Beiträgen dasselbe<sup>51</sup> und

<sup>47</sup> Dr. Repsold, *Wirtschaftsaussichten und Wirtschaftslage in den Balkanländern*, Der Welthandel, den 23. Dezember 1921. Dieser Dr. Repsold wurde als „Geschäftsführer des Deutschen Balkan-Vereins“ bezeichnet.

<sup>48</sup> Siehe auch die mehrere Artikel in der Zeitschrift für Binnenschifffahrt. Die freie Donau vertrat die Meinungen des Bayerischen Kanalvereins und Zeitschrift für Binnenschifffahrt die Meinungen des Zentral-Vereins für deutsche Binnenschifffahrt.

<sup>49</sup> Als einige Beispiele nennen wir noch: *Deutsche zukünftiger Handel mit Bulgarien*, Weltwirtschaftszeitung, den 14. März 1919; O. Rosenfeld, *Das vergessene Bulgarien*, dasselbe, den 8. August 1919, *Italien als Balkankonkurrent*, dasselbe, den 24. Juni 1921; *Jugoslawien — Deutsche Handelsaussichten*, Deutsche Aussenhandel (Zeitschrift des Handelsvertragsvereins), den 25. Mai 1920; *Die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen*, Industrie- und Handelszeitung, den 4. März 1921; K. Stahl, *Deutsche Exportmöglichkeiten nach Jugoslawien*: Der Weltmarkt, den 16. September 1921; *Gross-Schiffahrtsweg Rhein—Main—Donau*, Deutsche Wirtschaftszeitung, den 15. Februar 1920.

<sup>50</sup> *Handbuch der Binnenschifffahrt Mitteleuropas*, hrsg. von R. Demoll und H. N. Maier, Stuttgart 1924.

<sup>51</sup> *Volk und Reich*, Politische Monatshefte für das junge Deutschland, hrsg. vom H. Heiss. Unter dem Titel *Mitteleuropa* (Seiten 2—38) schrieb M. Spahn: „(. . .) Die Überzeugung, der Glaube muss über uns kommen, dass auch unserem Volke eine Sendung beschieden wurde! Die Sendung heisst: Mittel-Europa!“; unter dem Titel *Mitteleuropa in der Weltpolitik und den Welträumen* (38—47) schrieb K. Hoffmann: „(. . .) Denn nur Mitteleuropa vermag sich durch den Balkan und Vorderasien und über See mit dem ‚Westen‘ über die Schicksal Afrikas auseinandersetzen“; unter dem Titel *Mitteleuropa und der Osten* (65—72) schrieb M. H. Boehm: „(. . .) ehe nicht der Zusammenhang zwischen Rhein-, Donau- und Weichselwache in den Mittelpunkt unseres Denkens gestellt sein wird, ist die Neuerschliessung des Ostens für eine künftige deutsche Machtgeltung ein schöner Traum. Die geistige Erfassung dieser Zusammenhänge bereits bedeutet den ersten Schritt von der Utopie zur Verwirklichung“. Im Jahrgang 1927 siehe: Grassmann, *Bayern und die Gross-Schiffahrtstrasse Rhein—Main—Donau* (240—243); Jahrgang 1928: F. Jesser, *Die deutsche Kultur und ihre europäische Sendung* (92—97); Jahrgang 1929: M. Blank, *Die Wirtschaftsverflechtung Deutschlands mit den anderen Ländern Mitteleuropas* (407—414); K. Janovsky, *Deutsches Mitteleuropa oder Slawische Wirtschafts-Entente?* (414—428); H. Raschhofer, *Südöstliche Reise* (585—588). Siehe die Karte im Jahrgang 1928. Seite 97 und im Jahrgang 1929 Seite 609.

*Ruhr und Reich* 1927 mit der systematischen Orientierung auf die Veröffentlichung derartiger Aufsätze.<sup>53</sup> Einige Autoren zeigten sich als eifrige Verfechter dieser Ideen, vor allem Arthur Dix, der sich schon 1919 in der *Geographischen Zeitschrift* zu Wort gemeldet hatte und der in diesem Sinne bis ins Nazireich aktiv blieb. Für Dix war das eigentlich nur die Weiterführung seiner ebenfalls sehr lebhaften Bemühungen dieser Art aus dem Kaiserreich.<sup>54</sup> Erwähnt man diese Persönlichkeiten aus der Vergangenheit, so darf man in der Weimarer Zeit den Beiträge von Ernst Jäckh<sup>54</sup> und Paul Rorbach<sup>55</sup> nicht unterschätzen. Neben Dix wäre weiterhin Prof. Dr. Walther Hofmann nennen,<sup>56</sup> der in den ausgehenden zwanziger Jahren sehr aktiv war und sich auch im Dritten Reich betätigte. Die Dixschen Theorien waren geographisch-wirtschaftlich und standen völlig in der Tradition des allgemeinen Mitteleuropa-Gedankens aus dem Kaiserreich, Hofmanns Argumente gründeten sich auf den wirtschaftlichen Nutzen des südöstlichen Raums für das Reich. Diese Ergüsse standen ansonsten völlig im Einklang mit den Theorien der Gruppe um die *Zeitschrift für Geopolitik*, deren Lehre den allgemeinen Hintergrund bildete; die Geopolitiker und Prof. Haushofer selbst lieferten auch ganz konkrete Beiträge.<sup>57</sup> Demselben Hintergrund ist auch die geopolitische Lehre des 1922 verstorbenen Schweden Rudolf Kjellens zuzurechnen, dessen Bücher ins Deutsche übersetzt wurden und mehrere Auflagen erlebten.<sup>58</sup>

<sup>53</sup> Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr, hrsg. von den Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg—Wesel und Essen, dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen zu Düsseldorf und dem Zweckverband Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretung zu Essen—Berlin.

<sup>54</sup> E. Behm und J. Kuczynski, *Arthur Dix, Propagandist der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges*, Jahrbuch für Wirtschaftsgeographie, 1970, Heft 2, 69—100; H. Schreyer, *Nachlass Arthur Dix*, dasselbe, 1974, Heft 3, 301—308. Siehe auch: A. Mitrović, *op. cit.*

<sup>54</sup> E. Jäckh, *Deutschland — das Herz Europas, Nationale Grundlagen Internationaler Politik*, Berlin 1928.

<sup>55</sup> P. Rorbach, *Bayern—Donau—Balkan*, Die freie Donau, den 1. März 1929.

<sup>56</sup> Es handelt sich um die folgende Hoffmannsche Beiträge: *Die wirtschaftliche Verhältnisse Südosteuropas*, Deutsche Wirtschaftszeitung, Bd. 25 (1928), 155—157; *Südosteuropa und wir*, dasselbe, 227—229; *Südosteuropa, seine wirtschaftlichen Verhältnisse und seine Bedeutung*, Ruhr und Rhein, Jg. 1928, 719—722; *Jugoslawien, seine wirtschaftliche Struktur und seine Bedeutung*, dasselbe, 1665—1669; *Südosteuropa und wir*, Leipziger neueste Nachrichten, den 4. Juli 1929; *Die Volkswirtschaft Südslawiens*, Wirtschafts-Jahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reiches und der Nachfolgerstaaten Österreich—Ungarns, hrsg. von K. C. Thalheim, Jg. 1929—1930, 924—939; *Kulturpropaganda und Exportförderung*, Ruhr und Rhein, Jg. 1929, 397—399; *Südost-Europa und wir*, Sächsische Industrie, Sondernummer Mai 1929, 22—24. Im Jahr 1932. erschien W. Hoffmanns Buch *Südosteuropa, Bulgarien—Jugoslawien—Rumänien, Ein Querschnitt durch Politik, Kultur und Wirtschaft*, Leipzig 1932.

<sup>57</sup> K. Haushofer, *Zur Geopolitik der Donau*, Volk und Reich, Jg. 1925, 161—173; A. Grabowsky, *Deutschland und das Weltbild der Gegenwart*, Berlin 1928; F. Kreil, *Mitteleuropäische Autarkie*, Zeitschrift für Geopolitik, 1932, Heft 1—6, 206—213; I. Schmerz, *Deutschland Donauerbe*, dasselbe, 224—230.

<sup>58</sup> Es wurden die folgenden Kjelléns Bücher gemeint: *Die Grossmächte der Gegenwart* (dieses Buch hatte im Jahr 1932. unter dem Titel *Die Grossmächte vor und nach dem Weltkrieg* seine 22. deutsche Ausgabe erlebt) und *Staat als Lebensform* (4. deutsche Ausgabe im Jahr 1924).

In dem genannten Artikel aus der *Geographischen Zeitschrift* konstatierte Arthur Dix schon 1919, was er in seiner 1921 erschienenen *Politischen Geographie* im wesentlichen ausführlich wiederholte, und zwar dass die skandinavischen Länder, die Ostsee- und Balkanstaaten wie auch die Ukraine, ja in einigen Varianten sogar das Becken des Kaspischen Meeres und die Türkei, Deutschlands Versorgungs- und Absatzgebiete bilden. Er betonte auch den ergänzenden Charakter der Wirtschaften Deutschlands und des oben umrissenen Raums und lobte die reichlichen Möglichkeiten für den Bezug von Getreide, Nahrungsmitteln, verschiedenen Produkten der Viehzucht, Holz, Kupfer, anderen Mineralien usw. durch das Reich sowie für die Ausfuhr von Industriewaren und („nicht an letzter Stelle“) von Kapital aus Deutschland. Namentlich in seiner *Politischen Geographie* beschäftigte sich Dix mit der Definition der „künftigen deutschen Aussenpolitik“, die ganz der Schaffung des Grosswirtschaftsraumes (der Skandinavien, ganz Mitteleuropa, Südosteuropa und die „ganzen Randgebiete des Schwarzen Meeres“ umfassen sollte) untergeordnet zu sein hatte. Dix schrieb dazu: „Auf die Öffnung weiter Ost- und Südostwege bedacht zu sein, gehört zu den grossen Aufgaben, die aus unserer derzeitigen wirtschafts- und verkehrsgeographischen Lage nach aussen hin folgen“; im weiteren: „Deutschlands wirtschaftliche Abschliessung von der überseeischen Welt lehrte uns die Wirtschaftsgebiete da drunten im nahen Südosten in wesentlich gesteigertem Masse schätzen“. Ebenso wie in dem umfangreichen Buch *Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft* aus dem Jahre 1920 lobte er den im Krieg entstandenen Zustand mit dem Ausblick, „als winkte Deutschland für die Zukunft die Stellung als wirtschaftliche Vormacht im Handel der ganzen Randgebiete des Schwarzen Meeres. Konstantinopel, Varna und Konstanza, Odessa, Cherson und Sebastopol, Batum und Trapezunt waren in reichlichem Masse mit Deutschen bevölkert (. . .)“ In der 1925 erschienenen *Geoökonomie* rief Dix zu einer künftigen Aktion auf: „Wir müssen unser Wissen und Gewissen schärfen bis unser Weg aufwärts führt.“<sup>69</sup>

Die im Grunde rein politischen Theorien von Dix sind sicherlich als eigenartige und aus der Vergangenheit stammende Ansichten zu betrachten, doch zugleich bilden sie den Allgemeinen Rahmen für alle schriftlichen Äusserungen dieser Art. Ab 1929 kam es zu einer regelrechten Explosion solcher Meinungsäusserungen. Walter Schellhase bezeichnete in vier Artikeln die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und eventuell auch die Türkei (also alles, was der damalige deutsche Begriff „Südosten“ einschloss) als die engere Einflussphäre Deutschlands, wozu als weitere Einflussphäre noch Polen, der grösste Teil der UdSSR, das Schwarzmeerbecken, Kleinasien, der nordöstliche Mittelmeerraum mit dem Ägäischen, Ionischen, Adriatischen und Tyr-

<sup>69</sup> Es handelte sich um folgende Dixsche Beiträge und Bücher: *Verkehrsverschiebungen nach dem Kriege*, *Geographische Zeitschrift*, 25 (1919), 118—122; *Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft*, *Zur Geschichte des deutschen Zusammenbruchs*, Berlin 1920; *Mitteleuropa und die Weltwirtschaft*, *Deutsche Wirtschaftszeitung*, Bd. 21. (1922), 103—105; *Politische Geographie*, *Weltpolitisches Handbuch*, München 1922; *Geoökonomie*, *Einführung in erdhaftige Wirtschaftsbetrachtungen*, München 1925; *Schluss mit 'Europa'*, *Ein Wegweiser durch Weltgeschichte zu Weltpolitik*, Berlin 1928.

henischen Meer, ausserdem die Appenninhalbinsel und die Schweiz kamen.<sup>60</sup> Eine der ersten derartigen Editionen war das 1929 erschienene Buch mit dem Titel *Rhein-Main-Donau, Die Geschichte einer Wasserstrasse*, verfasst von Josef Held und Heinrich Brüschwien, in dem wiederum von einer engeren Verknüpfung Österreichs, der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens, Rumäniens und Bulgariens durch das Wasserstrassennetz mit dem Reich die Rede war.<sup>61</sup> In dem sachlich ansonsten guten Buch von Gerhard Schacher *Der Balkan und seine wirtschaftlichen Kräfte* aus dem Jahre 1930 wird auch die Bewahrung der deutschen Führungsstellung im Südosten erörtert.<sup>62</sup> Zwei Mitglieder der Gruppe „Tat“, Ferdinand Fried<sup>63</sup> und Gieselher Wirsing<sup>64</sup> steuerten mit ihren Büchern Variationen zu demselben Thema bei, ebenso der Berliner Professor Karl Krüger.<sup>65</sup> Eine Vielzahl von Beiträgen wurde damals in verschiedenen anderen Editionen, Sammelbänden, in Zeitungen und Zeitschriften publiziert.<sup>66</sup>

Auch einige Geographieprofessoren beteiligten sich an dieser Produktion. Norbert Krebs befürwortete 1922 die Wiederherstellung eines starken Staates, der unter deutscher Führung Mitteleuropa organisieren würde.<sup>67</sup> Ende der zwanziger Jahre wurde Krebs Leiter des Projekts zur Ausarbeitung eines Mitteleuropa-Atlas.<sup>68</sup> Die Verfasser der vierten völlig bearbeiteten Ausgabe der *Geographie des Welthandels* von 1926 behaupteten, naturgeo-

<sup>60</sup> W. Schellhase, *Deutschland und das südosteuropäische Wirtschaftsgebiet*, Die freie Donau-Südostrundschau, den 1. und 14. November und 1. und 15. Dezember 1929.

<sup>61</sup> J. Held und H. Brüschwien, *Rhein—Main—Donau, Die Geschichte einer Wasserstrasse*, Regensburg 1929.

<sup>62</sup> G. Schacher, *Der Balkan und seine wirtschaftlichen Kräfte*, Stuttgart 1930.

<sup>63</sup> F. Fried, *Autarkie*, Jena 1932.

<sup>64</sup> G. Wirsing, *Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft*, Jena 1932.

<sup>65</sup> K. Krüger, *Deutsche Grossraumwirtschaft*, Hamburg 1932.

<sup>66</sup> Den Arten nach nennen wir nur einige Beispiele: E. Koch-Weser, *Deutschlands Aussenpolitik in der Nachkriegszeit 1919—1929*, Berlin 1929; G. Gothein, *Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Mitteleuropas*, Deutscher Aussenhandel, den 25. September 1929; *Die Anschlussfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung*, hrsg. von F. F. Kleinwachter und H. von Paller, Wien-Leipzig 1930; R. Schlesinger, *Jugoslawiens wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland, Rapide Steigerung des deutschen Südost-Exports*, Königsberger Hartungsche Zeitung, den 24. September 1930; H. Bayer, *Die Intensität der mitteleuropäischen Aussenhandelsbeziehungen in der Nachkriegszeit*, Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 20, Jena 1930, 529—536; Derselbe, *Neuere Literatur über die Wirtschaft in Mitteleuropa*, Zeitschrift für Nationalökonomie, Sonderdruck, Wien 1931; G. Gothein, *Donau—Oder—Elbe Kanal*, Zeitschrift für Binnen-Schiffahrt, Jg. 1931, 233—235; H. E. Roos, *Die deutsche Wirtschaftspolitik in Südosteuropa*, Ruhr und Rhein, Jg. 1931, 174—178; A. Heinrichsbauer, *Die Rückwirkung der deutsch-österreichischen Zollabrede auf den osteuropäischen Raum*, dasselbe, 444—447; *Deutschlands Weg an der Zeitwende*, hrsg. von K. Haushofer und K. Trampler, München 1931; G. Schacher, *Deutschland und seine Konkurrenten auf dem Balkanmarkt*, Weltwirtschaftsdienst, den 15. und 22. Mai 1931; H. Gross, *Südosteuropa als Problem der Handelspolitik*, dasselbe, den 18. März 1932; Th. Barkes, *Bataille um Südosteuropa*, Zeitschrift für Politik, Jg. 1932, 369—384.

<sup>67</sup> N. Krebs, *Die politisch-geographische Struktur der neuen Staaten Europas*, Handbuch der Politik, Bd. 5, Berlin 1922, 232—244.

<sup>68</sup> *Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa*, im Auftrage der Preussischen Akademie der Wissenschaften hrsg. von Professor Dr. Norbert Krebs, Berlin 1937.



graphisch umfasse Mitteleuropa neben Deutschland auch noch Österreich, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, also eine Fläche von 1,900.000 km<sup>2</sup> mit 153 Millionen Einwohnern.<sup>69</sup> Otto Maull schrieb 1929, die natürliche Grenze Mitteleuropas verlief über die Dinaren, die Gebirge im Norden Albanien und Griechenlands und das Balkengebirge in Bulgarien.<sup>70</sup> Derartige Betrachtungen, durch entsprechende geographische Tatsachen untermauert, sind als wissenschaftliche Rechtfertigung für die politisch-ideologischen Ideen vom deutschen Wirtschaftsraum zu verstehen. Die Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Konzeption von Professor Penck, der zu der Zeit noch lebte, gab für Gieselher Wirsings Buch das Schlagwort „Zwischen-Europa“ ab. Fügen wir noch hinzu, dass sich der Verlag in der Einführung zu dem Atlas *Das Neue Mitteleuropa* von Albert Halász (1928) so äusserte, seiner Meinung nach bewiesen die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Tatsachen, dass der Kern von Mitteleuropa aus Deutschland und den ehemaligen Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie bestünde und zu diesem Kern eine Reihe kleiner Staaten gravitierten.<sup>71</sup>

Auffällig trat Ende der zwanziger Jahre die Beteiligung von Wirtschaftskreisen, einiger Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik so wie der Ministerialbürokratie an der öffentlichen Befürwortung der nach Südosten gerichteten Wirtschaftsoffensive zutage.<sup>72</sup> Ein gewisses Anzeichen dafür war schon in der Mitwirkung der Zeitschrift *Ruhr und Reich* seit 1927 und im Autorenverzeichnis der veröffentlichten Beiträge zu sehen. Ausserdem wurde damals in Leipzig das *Wirtschaftsjahrbuch für Industrie und Handel des Reichs und die Donauländer* publiziert, dessen Aufgabe darin bestand, den deutschen Geschäftsleuten die einschlägigen Tatsachen möglichst nahe zu bringen und dazu noch die Südosteuroparichtung zu propagieren.<sup>73</sup> Vor allem im Dienste der zweiten Aufgabe ist 1929 ein Sonderheft der Zeitschrift *Sächsische Industrie* veröffentlicht worden.<sup>74</sup>

Von den einzelnen Persönlichkeiten war Carl Duisberg besonders aktiv und wurde es immer mehr. Unter seinem Vorsitz veröffentlichte der *Reichsverband der deutschen Industrie* die schon erwähnte Denkschrift *Aufstieg oder Niedergang? Über den Berliner Rundfunk*, durch eine Rede vor bayerischen Industriellen sowie durch Zeitungsartikel, die auch in der rumänischen und österreichischen Presse abgedruckt wurden, verfocht er eine wirtschaft-

<sup>69</sup> K. Andree, F. Heidrich und R. Sieger, *Geographie des Welthandels, Eine wirtschaftsgeographische Erdbeschreibung*, Bd. 1, Wien 1926.

<sup>70</sup> O. Maull, *Länderkunde von Südosteuropa*, Leipzig 1929.

<sup>71</sup> A. Halász, *Das Neue Mitteleuropa in wirtschaftlichen Karten*, Berlin 1928.

<sup>72</sup> T. Frbr. von Wilmowsky, *Rückblickend möchte ich sagen*, Hamburg 1961. Siehe auch: W. Okoniewski und Dr. Waagen, *Vorkommen, Gewinnung und wirtschaftliche Bedeutung der nutzbaren Mineralien in den Balkanländern*, Zeitschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Jg. 1927, 436—441, 511—514, 572—579, 641—651, 720—722.

<sup>73</sup> *Wirtschafts-Jahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reiches und der Nachbarstaaten*, hrsg. von K. C. Thalheim.

<sup>74</sup> *Sächsische Industrie, Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, Südost-Europa-Export-Sondernummer*, Mai 1929.

liche Bindung der südosteuropäischen Staaten an Deutschland. Dass er in einigen Aufsätzen die Wichtigkeit wirtschaftlicher Beziehungen zu Rumänien bzw. zu Österreich hervorhob, bezeichnet lediglich die Festlegung der ersten Schritte im Rahmen der Südostkonzeption.<sup>75</sup> 1929 erschien ein Buch von Erich Koch-Weser, der Reichstagsabgeordneter und bis April 1929 auch Reichsjustizminister war, in dem es unter anderem hiess, dass Deutschlands Lebensraum nicht Europa, sondern Mitteleuropa nach Südosten verlängert, sei.<sup>76</sup> Reichswirtschaftsminister Hermann Dietrich äusserte sich in dem Sinne, wirtschaftliche Beziehungen zu den Ost- und Südosteuropastaaten seien die vorrangige und wahrscheinlich wichtigste Aufgabe.<sup>77</sup> Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium publizierte 1929 im genannten Sonderheft der *Sächsischen Industrie* einen Artikel entsprechenden Inhalts, was aber keineswegs das einzige war, was er damals öffentlich vortrug.<sup>78</sup>

Erwähnenswert wären noch zwei grundverschiedene Tatsachen. *Erstens* springt ins Auge, dass in dieser Zeit die ersten deutschen Forschungsinstitutionen ins Leben gerufen wurden, die speziell den europäischen Südosten bearbeiten sollten. Schon im März 1919 befürwortete das Reichsunterrichtsministerium die Gründung eines Instituts für Südosteuropa und unterstrich, man müsste das trotz der gegenwärtig für das Reich ungünstigen Entwicklung in den südosteuropäischen und islamischen Ländern tun. 1922 nahm das bereits 1917 gegründete Institut für Osteuropa und Islam (1923 in *Institut für Osteuropa* umbenannt) seine Tätigkeit wieder auf. 1925 wurde in München die Deutsche Akademie begründet. Sie war tatsächlich die erste deutsche Forschungsinstitution, die sich speziell mit Südosteuropa befasste. An der Universität Leipzig wurde 1928 das Institut für Wirtschaftsforschung in den Ländern Mittel- und Südosteuropas eingerichtet und im Winter 1929—1930 in Dresden ein Institut, das seine Aufgabe in der Verteidigung der deutschen Position im Südosten sah. Diese Institution gehörte seit 1932 zum *Mitteleuropäischen Wirtschaftstag*.<sup>79</sup> Die gleichzeitige Entstehung dieser Einrichtungen und das zunehmende Interesse an Südosteuropa scheinen nicht zufällig zu sein, zumal in der Vergangenheit (im Kaiserreich) und in nächster Zukunft (im Dritten Reich) jedes verstärkte deutsche Interesse an Südosteuropa von den gleichen Schritten gefolgt war. Die am Vorabend des ersten Weltkriegs erschienene *Balkan-Revue* formulierte im Leitartikel ihres

<sup>75</sup> Siehe: C. Duisberg, *Abhandlungen, Vorträge und Reden*, Bd. 2, Berlin 1933; Derselbe, *Lebensfragen der deutschen Industrie*, Deutschland Weg an der Zeitwende, 130—138. Vgl. Griff nach Südosteuropa, 328; *Weltherrschaft im Visier, Dokumenten zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*, Berlin 1975, 219—220.

<sup>76</sup> E. Koch-Weser, *op. cit.*

<sup>77</sup> W. Hoffmann, *Südosteuropa, Bulgarien—Jugoslawien—Rumänien*, 219.

<sup>78</sup> H. E. Posse, *Deutschlands handelspolitische und wirtschaftliche Beziehungen zu Südost-Europa*, 4—11. Siehe: D. Stegman, *op. cit.*, 216—220. In denselben Jahren war auch sehr aktiv Dr. Georg Gotheim, ehemaliger Minister und in dieser Zeit Präsident der deutschen Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. Gotheim veröffentlichte viele Artikeln in den verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen.

<sup>79</sup> A. Mitrović, *Teorija „Ergänzungswirtschaft“ u Vajmarskoj Republici (Theorie der „Ergänzungswirtschaft“ in Weimarer Republik)*, Jugoslovenski istorijski časopis (Jugoslawische Historische Zeitschrift), Nr. 3—4, 1977, 72—74.

ersten Heftes, d.h. imFrühling 1914, ihr Erscheinen sei auf das verstärkte wirtschaftliche Interesse am Südosten zurückzuführen. Die Idee von diesen Forschungsinstitutionen war in führenden Kreisen des Reiches schon im ersten Weltkrieg im Umlauf. *Zweitens* wurde während der Weltwirtschaftskrise die Opposition zur Republik, nämlich die NS-Partei, sehr erheblich, die mit gewissen Eigenarten die Grosswirtschaftsraum-Idee und die schon weit verbreitete Südosteuropakonzepzion in der Öffentlichkeit propagierte.<sup>80</sup>

Diese Erscheinungen in der Öffentlichkeit zeugen von einer umfangreichen und starken ideologisch-politischen Strömung. Obzwar wiederum Meinungsschattierungen in bunter Vielfalt in Erscheinung traten, wurde die wirtschaftspolitische Bedeutung Südosteuropas im Rahemen der weitreichenden aussenwirtschaftlichen und aussenpolitischen Pläne im wesentlichen stets wiederholt. Inhaltlich ist kaum eine Evolution dieses Gedankens nachzuweisen. Die Entwicklung beschränkte sich auf die Verstärkung und Verbreitung dieser Anschauungen in den Ausgehenden zwanziger Jahren. Kurz gesagt, eine gleichbleibende wirtschaftspolitische Auffassung von Südosteuropa ist in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik von ihren Anfängen bis zu ihrem Sturz als eine von mehreren Zeitströmungen spürbar.

#### *In der Aussenpolitik: Zwischen Taktik und Strategie*

Eine amtliche Aufzeichnung vom Februar 1923, die den Titel *Die Lage auf dem Balkan* trägt, enthält eine klare Stellungnahme des Auswärtigen Amtes in Berlin zu Südosteuropa: „Als Resultierende der verschiedenen auf dem Balkan wirkenden Komponenten der Ziele und Kräfte kann festgestellt werden, dass wir der Entwicklung auf dem Balkan zuwartend entgegensehen können, da jeder Erfolg, eines der unterdrückten Staaten und jede Durchbrechung eines der Friedensverträge auch als deutscher Erfolg zu bewerten ist“.<sup>81</sup> In einer Runddepesche, die am 24. September 1925 an die diplomatischen Vertreter in London, Paris, Rom, Moskau, Athen, Sofia, Tirana, Belgrad und Bukarest ging, wurde präzisiert, dass „eine Konsolidierung der Balkan-Verhältnisse“ vom deutschen Standpunkt“, „besonders auch unter Berücksichtigung der vor allem wirtschaftlichen Interessen“ zu begrüßen sei.<sup>82</sup> In der Einschätzung über die politische Lage in Südosteuropa vom 27. August 1927 wurde angeführt: „Deutschlands Stellung zu den Balkan-Fragen ist von den Gesichtspunkten der Zurückhaltung und Neutralität bestimmt, soweit unsere Politik daselbst in Erscheinung tritt, ist sie auf Erhaltung des Friedens gesichert [gerichtet?] (. . .)“.<sup>83</sup> Im August 1926 wurde festgestellt: „In der wirtschaftlichen Beziehung sind die Länder der mittleren und unteren Donau für uns ein natürliches Absatzgebiet (. . .)

<sup>80</sup> Dasselbe, 74—76; H. E. Volkmann, *Das aussenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930—1933*, Archiv für Sozialgeschichte, 17 (1977), 251—274.

<sup>81</sup> PA-Bonn, S. 57, Politik 4 — Balkan, Bd. 1, den 4. Februar 1923.

<sup>82</sup> Dasselbe, den 24. September 1925.

<sup>83</sup> Dasselbe, Bd. 2, den 27. August 1927.

Unser Bestreben geht dahin, durch vertragliche Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen (Handelsverkehr, Fremdenrecht, Rechtshilfe usw.) geeignete Grundlagen für deutsche wirtschaftliche Betätigung nach und in diesen Ländern zu schaffen".<sup>84</sup> Am 18. Juni 1925 wurde in einem Erlass an die diplomatischen Stellen in den Grossmächten, den Hauptstädten der Donauländer und Balkanstaaten explizit gesagt: „Die weitere Entwicklung der Dinge auf dem Balkan wird hier mit Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt".<sup>85</sup>

Ein solcher Katalog von Standpunkten, wie sie Mitte der zwanziger Jahre im Auswärtigen Amt formuliert wurden, repräsentiert eine am aussenpolitischen und diplomatischen Vorgehen orientierte Balkankonzeption, die deshalb naturgemäss auch einige strategische Voraussetzungen umfasste. In kurzen Zügen liesse sich diese Balkankonzeption wie folgt darstellen: Deutschland ist an den in Betracht kommenden Gebieten stark interessiert, es möchte sich vorteilhafte und nachteilige politische Entwicklungen im Südosten zunutze zu machen, insbesondere hält es Südosteuropa für relativ bedeutungsvoll, deshalb verfolgt es die Ereignisse auf dem Balkan mit Sorge, ihm ist an einer friedlichen Lösung der Balkanprobleme gelegen, und nach seiner Einschätzung ist es bei den in Europa bestehenden Verhältnissen am besten, wenn es durch eine politische äusserst abwartende und zurückhaltende Handlungsweise seine Ziele auf dem Balkan verfolgt. Diese Richtlinien behielten ihre Geltung für die gesamte diplomatische Praxis in der Weimarer Republik, und selbst zu Beginn der dreissiger Jahre, als die deutsche Haltung zum Balkan international in Erscheinung trat und man von deutscher Seite versuchte, die wirtschaftliche Tätigkeit im Südosten zu intensivieren. Auf zwei Standpunkte reduziert, sah die Konzeption für die Behandlung des Balkans, die eigentlich eine Art Aktionsprogramm darstellte, wie folgt aus: in politischer Hinsicht zurückhaltend,<sup>86</sup> in wirtschaftlicher nach Möglichkeit aktiv. Dabei war stets der Grundsatz ausschlaggebend: „In wirtschaftlicher Beziehung sind die Länder der mittleren und unteren Donau für uns ein natürliches Absatzgebiet".<sup>87</sup> Dieser in der Praxis zwar bestimmende Grundsatz sollte lange nicht öffentlich gezeigt werden.

In der Antwort auf das Schreiben der Ulmer Pflugfabrik *Gebrüder Eberhard* vom 19. April 1920 über die Ausfuhr in die Balkanstaaten schrieb das Ministerium des Äusseren am 6. Mai d. J. an die Firma zurück, „dass diese Fragen Gegenstand des grössten Interesses für das Auswärtige Amt sind".<sup>88</sup> Tatsächlich bemühte sich die Diplomatie der Republik seit den ersten Nachkriegsjahren darum, der deutschen Wirtschaft den südosteuropäischen Absatzmarkt zu sichern und die Schaffung vertraglicher Handelsbezie-

<sup>84</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 48, Tschechoslowakei, Bd. 2, app. 1, Übersicht über die politische Lage in Südosteuropa.

<sup>85</sup> PA-Bonn, S. 57, Politik 4 — Balkan, Bd. 1, den 18. Juni 1925.

<sup>86</sup> Gustav Stresemann sagte wendend der Ministerbesprechung am 2. Dezember 1926: „Er werde Herrn Tschitscherin antworten, dass Deutschland eine Einflussnahme auf die Balkanpolitik zur Zeit nicht für möglich hatte." (*Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945*, Serie B, Bd. I-1, 517—518).

<sup>87</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 48, Tschechoslowakei, Bd. 2 app 1, „Übersicht".

<sup>88</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 500, Bulgarien-Handel 11, Bd. 1.



hungen und die Herstellung der erforderlichen juristischen, diplomatischen und verkehrstechnischen Verbindungen anzustreben, um diese Möglichkeiten später noch zu vergrössern und auszudehnen. Gleichzeitig unterstützte sie nach Kräften die Anstrengungen einiger Firmen, Geschäfte in den südosteuropäischen Ländern anzuknüpfen. Schon in den ersten Jahren stellte Deutschland normale diplomatische Beziehungen zu diesen Staaten her, und allmählich entstand bis etwa in die Mitte der zwanziger Jahre ein breites Netz von deutschen Konsulaten in Südosteuropa wie auch von Vertretungen dieser Staaten in Deutschland. Was handelsvertragliche Beziehungen anbelangt, so wurden sie mit einigen Ländern rasch, mit anderen äusserst mühsam hergestellt: ein provisorisches Abkommen mit Ungarn am 30. Dezember 1920, ein vorläufiger Handelsvertrag mit Jugoslawien am 4. Februar und 5. Dezember 1921, ein Meistbegünstigungsabkommen mit Bulgarien durch Notenaustausch am 19. Februar und 8. September 1921, mit Griechenland aber erst durch Notenaustausch am 2. Juli 1924 und am 15. Mai ein Handelsabkommen mit Albanien durch Notenwechsel über die Gewährung der Meistbegünstigung. Abgeschlossen wurden ein Handels- und Schiffsahrtsabkommen mit Jugoslawien am 6. Oktober 1927, ein Handelsvertrag mit Griechenland am 24. März 1928, ein vorläufiges Abkommen mit Rumänien am 18. Juni 1930 und ein Handelsvertrag am 27. Juni 1931, ein Handelsvertrag mit Ungarn am 18. Juli 1931 und mit Bulgarien am 24. Juni 1932. Wichtig ist, dass die Politik von Handelsabkommen damals einen Baustein der deutschen Südostpolitik bildete.

Da sich diese Tätigkeit in unserem Beitrag nicht eingehend darstellen lässt, möchten wir sie an Hand von zwei Beispielen etwas ausführlicher zeigen. Das erste Beispiel wäre Jugoslawien, mit dem als erstem von den südosteuropäischen Staaten, die auf der Seite der Sieger standen, 1919 normale Handelsbeziehungen aufgenommen werden konnten. Als zweites Beispiel haben wir Rumänien gewählt, weil es beim Reich, wie bereits erwähnt, besonders starke wirtschaftliche Interessen weckte. Anzumerken wäre noch, dass auch diese beiden Fälle von uns nur mit wenigen Details umrissen werden können.

Bemerkenswert ist, dass die ersten offiziellen Kontakte zu Jugoslawien über wirtschaftliche Fragen spätestens im Herbst 1919 angebahnt waren.<sup>89</sup> Es handelte sich um einen provisorischen Warenaustausch zwischen den beiden Ländern. Von grösstem Gewicht ist, dass es ein Jahr darauf, im Herbst 1920 zur Aufnahme von Verhandlungen über einen Handelsvertrag kam und dass am 14. Dezember deutsche Unterhändler nach Belgrad fuhren. Anlässlich dieser Ereignisse schrieb der Reichswirtschaftsminister an die Sektion IV/A 5 seines Ministeriums: „Bei dem mit Jugoslawien zu treffenden Wirtschaftsabkommen muss besonders Wert darauf gelegt werden, dass Deutschland im Handelsverkehr mit Jugoslawien in keiner Beziehung schlechter gestellt wird, als irgendein anderer Staat, dass also die Meistbegünstigung in vollem

<sup>89</sup> A. Mitrović, *Deutschland und Jugoslawien 1919—1933*, Recueil de travaux de la Faculté de philosophie, tome XII-1, Beograd 1974, 565—575; Derselbe, *Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens in der Zeit der Verständigungspolitik Stresemanns*, Tradition und Neubeginn, Köln 1975, 117—140.

Sinne gewährt wird.“<sup>90</sup> Bei den damaligen Umständen war das die optimale Zielsetzung. Daneben begründete der Reichsminister die deutschen Interessen am Handelsvertrag damit, Jugoslawien sei unter anderem wegen seines Reichtums an Bauxit, Kupfer- und Chromerzen sowie an Landwirtschaftsprodukten hauptsächlich ein Rohstoffland. In diesem Schreiben des Ministers war auch von der deutschen Ausfuhr nach Jugoslawien die Rede. Die Berliner Handelskammer setzte im Dezember 1920 für diese Verhandlungen dieselben Ziele und legte besonderen Nachdruck auf die Gewährung der Meistbegünstigung, der Durchfuhr durch Jugoslawien (mit besonderer Rücksicht auf den bulgarischen und griechischen Tabak) sowie auf „möglichst unbehinderte Niederlassungsfreiheit für deutsche Kaufleute und Industrielle in Jugoslawien“.<sup>91</sup>

Anfang Januar 1926 wurde ein ganz bestimmter Plan aufgestellt, nach dem Jugoslawien politisch, wirtschaftlich und kulturell möglichst eng an Deutschland angeschlossen bzw. in die deutsche Einflussosphäre einbezogen werden sollte. In dem Dokument hiess es auch: „Eine Mitwirkung! Deutschlands an der Erschliessung der grossen noch unentwickelten Schätze des Landes (Jugoslawien) und ein stärkerer Ausbau der beiderseitigen Handelsbeziehungen würde unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, gleichzeitig aber auch den eigenen wirtschaftlichen Interessen Jugoslawiens dienen“.<sup>92</sup> Um die Standpunkte der damaligen Berliner Südosteuropapolitik zu verstehen, muss man bedenken, dass man — wollte man Jugoslawien oder ein anderes Land im Südosten auf die deutsche Seite ziehen, worin ja das langfristige Ziel bestand — die beiderseitigen Vorteile bei der praktischen Behandlung herausstellen musste.

Das Beispiel, wie deutsche Firmen den Bau der Brücke zwischen Pančevo und Belgrad („die grösste Brücke Europas“) übernahmen, enthüllt viel davon, wie hartnäckig und energisch wirtschaftliche und politische Ziele verknüpft wurden und wie das Auswärtige Amt dabei Hilfestellung leistete. In diesem Falle wollen wir uns auf eine Tatsache beschränken, die in das Jahr 1926 fällt und unmittelbar auf die Formulierung des bereits erwähnten Plans folgt. An die Gesandtschaft in Belgrad ging am 16. Februar aus Berlin ein vertraulicher Erlass über die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieses Brückenbaus, wo unter anderem festgestellt wurde: „Der wirtschaftlichen Bedeutung steht die politische nicht nach. Es liegt auf der Hand, dass durch eine derartige gegenseitige Bindung zweier Staaten ein wesentlicher positiver Schritt auf dem Wege der erstrebten Annäherung getan und der Boden für weitere Aktionen geebnet würde.“<sup>93</sup> Dieses Brückenprojekt weist nach, auf welche Weise ein konkreter Geschäftsabschluss als aussenpolitisches Mittel verwendet werden sollte und was für weitreichende Absichten man dabei im im Auge hatte.

<sup>90</sup> ZStA-Potsdam, RWM 2400/I, den 2. Dezember 1920.

<sup>91</sup> Dasselbe, den 13. Dezember 1920.

<sup>92</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 57, Politik 4 — Kleinen Entente, Bd. 4, den 2. Januar 1926 und 21. Januar 1926.

<sup>93</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 571, Jugoslawien — Industrie 3 geheim, Bd. 1.

Gustav Stresemann unterzeichnete ein Telegramm, das der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert entworfen hatte, und liess es am 15. November 1926 an den Gesandten in Bukarest schicken. Darin verlieh das Auswärtige Amt seinem Wunsch Ausdruck, „die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verbessern und der deutschen Wirtschaft den rumänischen Markt zu öffnen (...), etwa durch Förderung grösserer Lieferungen an Rumänien auf Kredit durch die deutsche Wirtschaft“.<sup>94</sup> In diesen Worten ist der Kern des deutschen Rumänienprogramms enthalten. Gleichzeitig widerspiegeln diese Worte in präziser diplomatischer Sprache den besonderen Wunsch des deutschen Kapitals, Rumänien als eigenes Wirtschaftsgebiet zu gewinnen, bzw. den Vorkriegszustand wiederherzustellen. Zech aus dem Auswärtigen Amt schrieb am 4. November 1926, dass die Wiederknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rumänien „für die deutsche Wirtschaft eine Frage von grosser Bedeutung“ sei, und gleichzeitig verwies er mit folgenden Worten auf die Vergangenheit: „Vor dem Kriege beherrschten wir den rumänischen Markt fast ausschliesslich“. Darauf stellt er den gegenwärtigen „grossen Warenhunger“ in Rumänien fest, der „von uns leicht befriedigt werden könnte und unserer nach Export schwer ringenden Industrie ein lohnendes Absatzgebiet verschaffen würde“. Im Anschluss betont Zech: „Das Primäre ist und bleibt für uns die Wiedergewinnung des rumänischen Marktes.“<sup>96</sup> Dieser Standpunkt war keineswegs ein Produkt der Stresemannschen Amtszeit. So bekundete das Auswärtige Amt am 3. Juli 1922 der Dresdner Bank seinen „lebhaften Wunsch, so schnell wie irgendmöglich alles zwischen uns und Rumänien noch Stehende zu beseitigen und mit diesem grossen Land in normale Beziehungen zu kommen“.<sup>96</sup> Auch das Reichswirtschaftsministerium vertrat im Oktober 1922 den Standpunkt, „dass Deutschland an dem baldigen Zustandekommen eines Wirtschaftsabkommens oder Handelsvertrages mit Rumänien ein ganz erhebliches Interesse hat“.<sup>97</sup>

Kennzeichnend ist, dass Grossbanken und führende Firmen darin übereinstimmten, die rumänischen Bedürfnisse für Gegenleistungen auszunutzen. Anfang 1920 verband das Reichswirtschaftsministerium den Bau der Brücke bei Czernavoda mit Gegenkompensationen: „Da die Lieferung der Brücke für Rumänien von grösster Bedeutung ist, soll versucht werden, daran eine Gegenlieferung grösseren Umfangs zu knüpfen“.<sup>98</sup> Das wichtigste Mittel war jedoch, Rumänien eine Anleihe zu gewähren, die für Einkäufe bei der deutschen Industrie verwendet werden musste. Der ausgeprägte Kapitalbedarf Rumäniens boten dafür die Handhabe. Ein nach langwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien im Frühjahr 1928 ausgehandelter, aber nicht realisierter Plan, der nach den Unterhändlern

<sup>94</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 435, Rumänien-Finanzwesen 3A, Bd. 4.

<sup>95</sup> Dasselbe, Bd. 3.

<sup>96</sup> Dasselbe, Bd. 1.

<sup>97</sup> Dasselbe, Bd. 2, Zusammenstellung für die deutsch-rumänischen Verhandlungen

<sup>98</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 437, Rumänien-Handel 11, Bd. 1, nach dem Zitat im Schreiben des Kommerzienrat Dr. Gugenheimer an das Auswärtige Amt Nr. 1375.

Ritscher-Kauffmann-Plan heisst (nach Ritscher, dem Direktor der deutschen Donat-Bank und dem Rumänen Kauffmann) beweist deutlich, nach welchem Prinzip man Handel treiben wollte. Der Plan basiert auf einer Kombination von Bar- und Warenkredit (40 Millionen Mark bar, 160 Millionen Warenlieferungen) unter Einbeziehung der nächsten drei Reparationsquoten. Dieser auf zehn Jahre befristete, vom Reich garantierte Kredit sollte zu 80 Millionen Mark von den deutschen Banken, zu 95 Millionen vom Reich und zu 25 Millionen von der deutschen Industrie finanziert werden.<sup>99</sup> Gleichzeitig bemühten sich das Auswärtige Amt und das Reichswirtschaftsministerium, die oft widersprüchlichen Interessen der deutschen Banken und Firmen zu koordinieren und unter einen Hut zu bringen.<sup>100</sup> Andererseits arbeitete die deutsche Diplomatie den rumänischen Versuchen entgegen, irgendwo anders im Ausland einen Kredit aufzunehmen. Es ist recht interessant, dass *Otto Wolffs* Vorschlag von 1923, in Bukarest die „russische Karte“ auszuspielen, vom Auswärtigen Amt in Erwägung gezogen wurde.<sup>101</sup>

Die beiden Beispiele und ihre Illustration durch einige Einzelheiten geben ein Bild von den beharrlichen Bemühungen der deutschen Diplomatie, Südosteuropa auf konkreten Wegen und in der konkreten politischen Praxis wirtschaftlich zu erreichen, zugleich aber auch die politischen Ziele zu verwirklichen oder zumindest eine Aussicht darauf zu eröffnen. Diese Beispiele zeugen auch davon, dass die Bemühungen von Firmen und Diplomaten im wesentlichen voll im Einklang standen, wobei wohl auch das Reichswirtschaftsministerium in dieselbe Richtung wirkte wie das Auswärtige Amt. Die wirtschaftlichen und politischen Ziele waren so eng verzahnt, dass sie sich im Prinzip schwer trennen lassen. Letztlich nehmen sich alle Unterschiede unwichtig aus gegenüber den grundsätzlichen übereinstimmenden Bemühungen, die sich auf die Auffassung von der natürlichen Wirtschaftssphäre gründen. Diese Ansichten bildeten die strategische Basis, alles andere war tiefer oder oberflächlicher, lang- oder kurzfristiger konzipierte praktische Aussenpolitik in dem von den realen Möglichkeiten begrenzten Raum für die diplomatische Betätigung.

Dabei handelt es sich auch um den Grossmachtgedanken, an den man ergänzend die bleibende Gesamtvorstellung vom politischen Wesen anknüpfen Zusammengefasst sieht diese allgemeine Vorstellung wie folgt aus: 1. „Die gegenwärtige Grenzziehung auf dem Balkan stellt weder vom ethnographischen noch vom wirtschaftlichen Standpunkt eine ideale Lösung dar. Eine solche ist auch schwer zu finden, denn einerseits greifen die Siedlungsgebiete der die Balkanhalbinsel bewohnenden Völkernschaften ineinander über, andererseits decken sie sich in vielen Fällen auch nicht mit den Räumen, die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zweckmässigerweise eine

<sup>99</sup> AA-Bonn, Kent I, S. 435, Rumänien-Finanzwesen 3A, Bd. 7, „Aufzeichnung über die deutsch-rumänischen Ausgleichsverhandlungen, Februar 1928 und anderen Akten. Auch die Akten in: Kent I, S. 24, Büro des Reichsministers, Bd. 7.

<sup>100</sup> AA-Bonn, Kent I, S. 435, Rumänien-Finanzwesen 3A, Bd. 10, Aufzeichnung vom 11. Juli 1928.

<sup>101</sup> PA-Bonn, Kent I, S. 435, Rumänien-Finanzwesen 3A, Bd. 2, den 7. Juni 1923.



Einheit bilden würden. In der Hauptsache sind die jetzigen Grenzen auf dem Balkan — abgesehen von einigen Kompromissen — die Verwirklichung der territorialen Wünsche derjenigen Staaten, die auf der Seite der Sieger des Weltkrieges gestanden haben." 2. „Die politische Lage in Südosteuropa birgt angesichts der zahlreichen zwischen den dortigen Staaten bestehenden Gegensätze (. . .) ständig die Möglichkeit von Konflikten in sich." Oder auch: „Ein buntes Völkergemisch verteilt in mittelgrosse und kleine Staaten, die zu den alten Rassenfeindschaften der Vorkriegszeit noch die Spannungen einer im einseitigen Interesse der Siegerstaaten des Weltkriegs erfolgten Grenzziehung übernommen haben". 3. „Sehr viel wird von der Haltung der Grossmächte abhängen."<sup>102</sup> Diese Gesamtvorstellungen lassen sich kurz als gleichzeitig richtig und unzutreffend bezeichnen. Ihre schwache Seite bestand darin, dass sie vollkommen übersahen, dass der Balkan auch durch den hundertjährigen Kampf seiner Völker um nationale Befreiung geschichtlich gewachsen war. Fast ein Jahrhundert vorher hatte Leopold von Ranke dafür mehr Verständnis aufgebracht. Wer die oben dargestellte Gesamtvorstellung teilte, vernachlässigte die Tatsache, dass die Balkanvölker nicht mehr ein blosses Objekt, sondern auch ein Subjekt der internationalen Beziehungen waren. Für unsere Erörterungen ist dieser Fehler jedoch deswegen interessant, weil das Verständnis dieses Raumes als reines Verhandlungsobjekt von Seiten der Grossmächte den Ausbau einer Einflussphäre ermöglichte. Auf jeden Fall bildete diese einseitige Auffassung einen Bestandteil der wirtschaftlichen Südosteuropakonzeption.

Diese Darstellung soll nicht ohne die Anmerkung abgeschlossen werden, dass der Sommer 1928 offenbar einen Wendepunkt in dem Sinne bedeutete, dass die konzeptionelle Grundlage mehr in den Vordergrund rückte. Die Kabinettsitzung vom 29. Juni d. J.<sup>103</sup> und anschliessend die Rede Reichskanzler Müllers vor dem Reichstag am 3. Juli <sup>104</sup> zeugen von den unverhüllteren und intensiveren Bemühungen, sich Südosteuropa wirtschaftlich zu erhalten. Die analogen Erscheinungen im Jahre 1929 waren auf die Beschlüsse aus dem Vorjahr zurückzuführen, diese gewannen durch die schwerwiegenden Probleme der Weltwirtschaftskrise an Aktualität, und es wurden weitere zusätzliche Entscheidungen sowie der Einsatz anderer wirtschaftspolitischer Mittel zu ihrer Verwirklichung erforderlich.<sup>105</sup>

<sup>102</sup> A. Mitrović, *Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens*, 122—127.

<sup>103</sup> *Akten der Reichskanzlei der Weimarer Republik, Das Kabinet Müller II*, bearbeitet von M. Vogt, Boppard a. R. 1970, 5 und Anmerkung Nr. 13.

<sup>104</sup> Stenographische Berichte von der 4. Sitzung am Dienstag den 3. Juli 1928 lauten: „Müller, Reichskanzler: (. . .) Die Erweiterung unserer handelsvertraglichen Beziehungen, insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten, sieht die Reichsregierung als eine wesentliche Aufgabe an. (Sehr gut! in der Mitte.) Sie begrüsst es, dass die Verhandlungen mit dem stammesverwandeten Österreich zu einem endgültigen und abschliessenden Handelsvertrag in Wien eingesetzt haben" (*Verhandlungen des Reichstags*, IV Wahlperiode 1928, Bd. 423, 39).

<sup>105</sup> H. J. Schröder, *Deutsche Südostpolitik 1929—1936. Zur Kontinuität deutscher Aussenpolitik in der Weltwirtschaftskrise*, Geschichte und Gesellschaft, Heft 1, 1976 5—32.

*Der Grosswirtschaftsraum-Gedanke*

Die ganze Weimarer Republik hindurch war die Ansicht verbreitet, Südosteuropa sei für das Deutsche Reich ein bedeutungsvolles Gebiet. Diese Meinung war unter der Bevölkerung unter den führenden Persönlichkeiten und in den zuständigen Regierungsressorts im Umlauf und schlug sich in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern nieder. Sie fand in Form von vertraulichen Denkschriften und Aktenvermerke, Zeitungs- und Fachaufsätzen, politologisch-ökonomischen, politisch-geographischen und wirtschaftsgeographischen Studien und Handbüchern und in öffentlichen Reden ihre Darstellung. Die Verfasser waren in der Regel mehr oder minder bekannte Publizisten, aber auch Vertreter des politischen Lebens, Abgeordnete, höhere Ministerialbeamten, Repräsentanten des Wirtschaftslebens, darunter führende Vertreter des Grosskapitals, sowie mehrere namhafte Wissenschaftler. Diese Anschauung hatte sich in der öffentlichen Meinung stark durchgesetzt und wurde auch in Dokumenten der geheimen Staatsarchive häufig festgehalten. Häufig kam sie in der politischen und wirtschaftlichen Praxis, insbesondere im Aussenhandel, zum Ausdruck und erwies sich darüber hinaus als Grundlage und roter Faden, der konkrete Strömungen in Aussenpolitik und Aussenhandel verband.

Offensichtlich handelte es sich um ein kollektives Phänomen, das in breiten Kreisen der Gesellschaft als Form des gesellschaftlichen Bewusstseins lebendig war, als Teil der damaligen Ideologie erschien, den sozialpsychologischen Erscheinungen mit politischen Qualitäten zuzurechnen ist, aber auch überpersönlich war; obwohl von einer Fülle von Varianten gesprochen werden muss, wiederholten sämtliche Verfechter dieser Meinung an sich ein und dasselbe: Das Reich sollte den europäischen Südosten wirtschaftlich, d.h. in gewissem Grade auch politisch beherrschen. Dem Inhalt ging es also um eine politische Zielsetzung, deswegen war diese Meinung im politischen Leben wirksam und spielte in der Innenpolitik eine gewisse, in der aussenpolitik dagegen ständig eine erhebliche Rolle.

Als aussenpolitische Zielstellung beinhaltete diese Anschauung eine allgemeine Auffassung von Südosteuropa als einen spezifischen Raum, dazu aber auch ein Programm und seine ausführliche Begründung. Die Auffassung war simpel und einseitig. Südosteuropa ist ein wirtschaftlich und kulturell unterentwickeltes Gebiet, von einem bunten Gemisch kleiner und mittelgrosser Völker besiedelt, politisch so organisiert, dass es ein Krisengebiet und einen potentiellen Konfliktherd in Europa darstellt und ein blosses Objekt der Grossmachtpolitik ist. Das Programm war etwas komplizierter, eigentlich nicht abgerundet, in gewissem Sinne sogar widersprüchlich, doch wies es ein klares Endziel auf. Eindeutig war in diesem Programm, das Reich solle wegen seiner Bedürfnisse die wirtschaftliche Vormachtstellung erringen, was folgerichtig gleichbedeutend mit einer gewissen politischen Hegemonie war; unklar blieb, wie man das verwirklichen wollte und wie das in der geschichtlichen Praxis aussehen sollte. Sicherlich setzte ein solches Programm voraus, dass ein grosses, ja sogar riesiges Vielvölkergebiet von einem Nationalstaat kontrolliert werden muss, was aber weder als ausführlich ausgearbeiteter Grundsatz noch in allen Einzelheiten dargestellt wurde. Nach dem Zeugnis

Hermann Rauschnings bestand nur bei der rechten Opposition zur Republik eine verhältnismässig klare Vorstellung: von Mitteleuropa aus herrscht ein mächtiger und grosser Staat als „eiserner Kern“ durch Gewaltanwendung über ein Riesenimperium, das aus einem System von Satellitenstaaten und eng mit dem „eisernen Kern“ verbundenen Einflusssphären besteht. Begründet wurde das Programm mit dem komplementären Charakter des Reiches als eines entwickelten Industriestaates und des Südostens als rückständigen Landwirtschafts- und Rohstoffgebiets; vom geographischen Standpunkt wurden die Tatsachen benutzt, um die natürlichen Verbindungen zu beweisen, die Geschichte bediente sich zu demselben Zweck zielbewusst ausgewählter Fakten.

Es handelte sich um eine politische Konzeption, die ihre Ursachen und Grundlagen in den wirtschaftlichen Beziehungen fand. Der Auffassung nach ging es bei diesem Konzept um eine typische Grossmachtposition, das Programm war insgesamt und in seinen Einzelheiten imperialistisch entworfen, die Begründungen wollten die politisch-wirtschaftlichen Bestrebungen ideologisch rechtfertigen.

Im Rahmen der Konzeption wurde Südosteuropa nicht als Wunschobjekt an sich begriffen, nicht einmal während der Weltwirtschaftskrise, als die Konzeption so stark hervortrat, dass man vom „Drang nach Südosteuropa“ sprechen konnte. Südeuropa spielte ständig die Rolle des schwächsten Punktes, der die günstigsten Aussichten für eine Durchdringung bot, noch dazu lag es geographisch nicht weit entfernt, war reich an Agrarprodukten und Rohstoffen, bzw. konnte als Absatzmarkt dienen. Die wirtschaftliche oder auch die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft in diesem Raum war lediglich eines der Ziele, die man in Europa und in der Welt erreichen wollte. Südosteuropa konnte als Vormarschgebiet wichtig sein, zusätzliche Bedeutung kam ihm zu, da es zusätzliche Möglichkeiten für eine weitere Stärkung und die folgenden Schritte des Reichs bieten sollte. Deshalb traten sein wirtschaftlicher Reichtum und seine Absatzmöglichkeiten in den Vordergrund, die die Ökonomie des Reichs ergänzen konnten. Südosteuropa war somit als Ergänzungswirtschaftsraum gedacht.

In der geschichtlichen Realität trat die Konzeption gleich dreifach in Erscheinung. Im vertraulichen Verkehr von Personen und Institutionen bezeichnete sie die Realisierung der ersehnten aussenpolitischen Zielsetzung, jedoch stets im Rahmen einer bestimmten Auffassung von der Lage Deutschlands bei der aktuellen internationalen Lage, von den weitreichenderen aussenpolitischen Möglichkeiten und weiteren Bestrebungen, einmal als ideologisches Nebeneinander, zum anderen als potentielle Basis für das künftige aussenpolitische Vorgehen. In der Öffentlichkeit trat diese Konzeption aggressiv ideologisch auf, beinahe als Bestimmung eines einzigen, schicksalhaften Weges. In der aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Praxis (im Aussenhandel) äusserte sie sich als betonte und hartnäckige Bestrebung, die von anderen internationalen Tatbeständen jener Zeit abhängig und mit ihnen eng verbunden war (z.B. der Bekämpfung der starken Position Frankreichs im Nachkriegseuropa) und wurde deshalb mit häufigen Verzichten und auf Umwegen verfolgt.

Ihrem Inhalt und vielen Erklärungen ihrer Verfechter nach knüpfte sie an den Grossraumwirtschaftsgedanken der Vorkriegszeit an und stellt den Zusammenhang mit der im Weltkrieg tatsächlich geschaffenen Situation; dasselbe gilt auch für einige von ihr angewandten Mittel. Andererseits überlebte diese Südosteuropakonzeption die Zerstörung der Weimarer Republik, und zwar in ihrer radikalsten Form, die auch den Einsatz von kriegerischen Mitteln und umfangreiche Eroberungspläne vorsah, in der Form also, wie sie von der radikal-rechten Opposition in der Weimarer Republik ausgebildet worden war. Ergänzend wäre hinzuzufügen, dass diese radikale Variante Hand in Hand mit dem friedlichen Vordringen nach Südosteuropa ging, wobei man sich in erster Linie ökonomische Mittel zunutze machte, um den Südosten zu einem Ergänzungswirtschaftsraum umzufunktionieren. Daran arbeiteten im Dritten Reich zahlreiche Vertreter von Wirtschaft Staatsbürokratie, Publizistik und Wissenschaft aus der republikanischen Zeit mit.

Es handelte sich um einen Grossraumgedanken, der im nationalistischen und imperialistischen Geiste nach der Lösung eines der wichtigsten geschichtlichen Widersprüche im 20. Jahrhundert suchte, dem nämlich, dass die moderne Wirtschaft den Grosswirtschaftsraum braucht, die Welt aber durch politische Grenzen, und demnach auch durch die nationalen Ökonomien immer mehr geteilt ist. Im Prinzip lässt sich dieses Problem mindestens auf zwei Wegen lösen, der eine führt über die mühsame Abstimmung verschiedener Interessen und der andere über die Herstellung von Einflussphären oder gar Eroberungen durch die Grossmächte und stärkere Staaten schlechthin. Die hier behandelte Südosteuropakonzeption fusste sich aber auf dem ersten Weg, denn es war ihr Grundsatz: Eine Grossmacht, worunter man sich auch den vorherrschenden Nationalstaat vorstellte, müsse sich ihren eigenen Grosswirtschaftsraum schaffen.

#### ПРИВРЕДНО-ПОЛИТИЧКО СХВАТАЊЕ ЈУГОИСТОЧНЕ ЕВРОПЕ У ВАЈМАРСКОЈ РЕПУБЛИЦИ

(Прилог расветљавању идеје „великог привредног простора“ у Немачком Рајху)

#### Резиме

Из анализе а) уверења која су између себе, у виду писама и меморандума, размењивали припадници немачких водећих кругова, из б) привредних потеза које су немачки привредници и веће и мање фирме, односно банке повлачили према земљама југоисточне Европе, из ц) књига и чланака који су објављивани у немачкој јавности и из д) планова и практично предузетих корака немачке дипломатије, произлази да је у раздобљу Вајмарске Републике европски Југоисток схватан у оквиру једне целовите концепције. Ова концепција је, као својеврсна идеолошка и колективно психолошка појава, захватила веома широко водећи слој и суштински утицала како на практичну спољну политику тако и на њене стратегијске циљеве; отуда да није било речи о последици рада неког политичког и пропагандног центра, него о уверењима која су спонтано изражавана од различитих личности и установа политичког, привредног и уопште јавног живота, односно која су се спонтано изражавала у пракси политич-



ких и привредних потеза. Тако је било већ на почетку постојања Републике, а временом је све више јачало, до њене пропасти.

Схватање југоистичне Европе у немачкој елити сводило се на то да тај географски рејон има свој значај само у оквирима идеје о „великом привредном простору“ Немачке, тј. о циљовској и оложеној империји помоћу које би Рајх, као хегемонијална сила у Европи, постала светска сила, евентуално и најмоћнија светска сила. Управо да би се овај програм могао остварити, сматрано је да би требало за Немачку везати југоисточну Европу, простор насељен малим и slabим државама, како би помоћу експлоатације њених привредних богатстава Рајх ојачао своју привреду и кренуо на друге, далекосежније и, по његовом програму, значајније циљеве, односно могао да прошири своју привредну основу југоисточним изворима сировина и тржишта како би сигурније и лакше могао да издржи конфронтацију с осталим великим силама на политичком и привредном, односно, евентуално и у даљој будућности, војном фронту. Отуда је реч о привредно-политичком схватању по коме би југоисточна Европа требало да буде „допунски привредни простор Немачког Рајха“. На овим основама је вођена у јавности снажна пропаганда, у којој су, као носиоци, учествовали многи виђени људи из државне бирократије, политичког живота, новинарства и науке, што није било друго до инструментализовање идеолошких оредстава ради подстицања и, истовремено, подржавања стратегијски постављеног агресивног и освајачког спољнополитичког циља.

Стварно је реч била о врсти империјалистичког спољнополитичког циља, зачетог још у периоду Немачког Царства и у пракси оствариваног у првом светском рату. Изгубљени рат није уништио овакве тежње у спољнополитичкој оријентацији Рајха, а прекинута револуција није разорила њихова друштвенopolитичка упоришта. Изгубљени рат само је учинио да се морало прећи у дефанзиву у практичној спољној политици, која је, сагласно недовољним снагама, тактизирала током целог периода постојања Републике, мада је у суштини припремала неки будући тренутак, у коме би се поново покушало са претварањем Југоистока у „допунско привредно подручје“. Супротно томе, у сенци је та концепција стално изрично била обнављана и разматрана, а у јавности пропагирана, завијена у идеологизирани објашњења и у фразеологију, бар у основи, унела примерену политичким околностима.

Значајно је да крајње десничарске снаге, најбоље представљене нацизмом, нису имале друго схватање југоистичне Европе него су само идеје целе елите, иначе такође потпуно десничарске, екстремније пропагирале и захтевале да оне буду безобзирније заступљене у спољној политици.